

3. Theoretische Vorbetrachtung und Operationalisierung der Fragenkomplexe

3.1 Komplex I: Soziodemografie und Parteiaktivität

3.1.1 Soziodemografie

Durch die Dreiteilung der Fragestellung in Soziodemografie, Beitrittsmotivationen und politische Einstellungen basiert auch der theoretische Rahmen auf drei Schwerpunkten. Im ersten Komplex werden zunächst die sozioökonomischen Merkmale der Neumitglieder erfasst. Dabei orientiert sich der Aufbau an den – bereits angesprochenen – einzigen drei Studien, die eine vergleichende Betrachtung der Mitgliederbasis aller im Bundestag vertretenen Parteien als Forschungsgegenstand behandeln: der »Potsdamer Parteimitgliederstudie« von 1998 unter der Leitung von Wilhelm Bürklin sowie deren »gezielt[e] [...] Fortschreibung«¹ – die »Deutsche Parteimitgliederstudie 2009« – unter der Leitung von Tim Spier, Ulrich von Alemann und Markus Klein. Letztgenannte übernahmen die Methodik der erstgenannten Studie, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Ergebnisse der dritten Studie, 2017 ebenfalls als Fortschreibung der Arbeiten von 1998 und 2009 unter Tim Spier durchgeführt, wurden bis heute nicht als Monografie veröffentlicht, sondern sind lediglich in Teilen erschlossen.² Kernelemente der empirischen Erhebung in allen drei Arbeiten waren Fragen nach dem Geschlecht, dem Alter, der formalen Bildung, dem Erwerbsstatus, der beruflichen Stellung, der subjektiven SchichtEinstufung, der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Konfessionszugehörigkeit.³ Die theoretische, sozialstrukturelle Grundlage der Autoren fußt bei der Variablenauswahl einerseits auf der Ressourcentheorie nach Verba/Nie⁴, die die Zugehörigkeit zu einer Partei durch individuelle Ressourcen zu erklären versucht⁵, andererseits auf der Cleavagetheo-

1 Klein 2011a, S. 32.

2 Vgl. hierzu Klein et al. 2019; Springer et al. 2021.

3 Vgl. Klein 2011b, S. 42–54.

4 Nie/Verba 1972; vgl. Brady/Verba/Schlozman 1995.

5 Vgl. Niedermayer 2009, S. 102.

rie nach Lipset/Rokkan⁶, in der die individuelle Präferenz des Einzelnen zu einer Partei durch seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe überprüft wird.

Die erstgenannte Ressourcentheorie geht davon aus, dass politische Teilhabe eine anspruchsvolle Aktivität darstellt⁷ und der Parteibeitritt von einer Reihe von partizipationsrelevanten Voraussetzungen (Ressourcen) abhängig ist, die die individuelle Beitrittsentscheidung des Einzelnen forcieren. Mitgliedschaften in einer Partei werden demnach wahrscheinlicher, wenn der Interessent über möglichst viele dieser Ressourcen verfügt, die nach drei Faktoren unterschieden werden können⁸:

- Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die politische Partizipation notwendig oder hilfreich sind. Dazu zählen einerseits kognitive Fähigkeiten, die den Einzelnen dazu befähigen, komplexe Sachverhalte zu erfassen, einzuordnen und auf sie zu reagieren, andererseits aber auch kommunikative Fertigkeiten. Diese ermöglichen beispielsweise, eigene Ansichten gegenüber anderen Personen zum Ausdruck zu bringen.
- Das persönliche Zeitbudget, das dem Einzelnen für die politische Aktivität zur Verfügung steht.
- Die verfügbaren finanziellen Mittel, um den Erfordernissen bestimmter Parteiaktivitäten nachzukommen.

In der Folge geht die Ressourcentheorie einerseits davon aus, dass sich besonders ressourcenstarke Bürger eher für eine Parteimitgliedschaft entscheiden, andererseits auch deren Anteil mit steigendem Anspruch der jeweiligen politischen Tätigkeit zunimmt.⁹

Ausgehend von dieser Folgerung sind eine Reihe Thesen aus der Ressourcentheorie ableitbar, die sich auf die Wahrscheinlichkeit beziehen, mit der sich bestimmte Individuen oder soziale Gruppen für einen Eintritt entscheiden. So ist anzunehmen, dass Menschen mit höherer Bildung in leitenden beruflichen Positionen im Gegensatz zu niedriger gebildeten Menschen in Parteien überrepräsentiert sind, da sie eher über praktische Kenntnisse hinsichtlich Argumentation, Planung und dem Verstehen grundsätzlicher politischer Zusammenhänge verfügen.¹⁰ Ebenfalls überrepräsentiert sind – der Ressourcentheorie folgend – Personen, die über ein hohes Maß der Ressource Zeit, etwa Rentner oder Nichterwerbstätige, oder über ein größeres Einkommen verfügen. Auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe kann beitriffsördernd sein: Es ist zu erwarten, dass sich Angehörige des öffentlichen Dienstes aufgrund ihrer beruflichen Nähe zu politischen Institutionen häufiger für den Eintritt in eine Partei entscheiden als andere Berufsgruppen.¹¹

Im Gegensatz zur Ressourcentheorie beschäftigt sich die Cleavagetheorie (engl. cleavage = Spaltung oder Kluft) mit der Zugehörigkeit des Individuums zu einer oder mehreren sozialen Gruppen und deren Gegensätzen zueinander und erlaubt auf diese

6 Lipset/Rokkan 1967.

7 Vgl. Biehl 2005, S. 59.

8 Vgl. Niedermayer 2009, S. 102.

9 Vgl. Verba/Schlozman/Brady 1995, S. 273.

10 Vgl. Klein 2011b, S. 40.

11 Vgl. ebenda.

Art und Weise Rückschlüsse darüber zu treffen, warum der Einzelne einer bestimmten Partei beitritt und keiner anderen. Dabei beschreiben Cleavages langfristige Großkonflikte innerhalb einer Gesellschaft, die eine breite Masse der Bevölkerung betreffen und eine Basis für Parteigründungen definieren.¹² Lipset und Rokkan definierten 1967 vier grundlegende Konfliktlinien für westliche Gesellschaften, die jeweils auf kritische Kreuzungspunkte (»Critical juncture«) zwischen den jeweiligen Gegenpolen zurückzuführen sind (Tab. 1).¹³

Als historische Beispiele der Transformation dieser Konfliktlinien in frühere deutsche Parteiensysteme gelten etwa die Entstehung der SPD oder der Zentrumspartei¹⁴, jedoch können aber auch heute noch Hypothesen ausgehend von den vier ursprünglichen Konfliktlinien abgeleitet werden: Vor dem Hintergrund der Existenz sozioökonomischer Cleavages kann etwa angenommen werden, dass Arbeiter unter den Mitgliedern der SPD und LINKEN aufgrund deren Selbstverständnisses als Arbeiterparteien häufiger vertreten sind als etwa in CDU und FDP.¹⁵ Die konfessionelle Zugehörigkeit ist im Zusammenhang mit der Cleavagetheorie ein weiterer Faktor, welcher Einfluss auf die Beitrittsentscheidung nehmen kann. So sind insbesondere Katholiken häufiger in den Unionsparteien vertreten.¹⁶

Tabelle 1: Konfliktlinien nach Lipset/Rokkan 1967

Konfliktlinie (»Cleavage«)	Haupt-Kreuzungspunkt (»Critical juncture«)
Zentrum versus Peripherie (Center-Periphery)	Reformationskonflikt und die Nationalstaatsbildungen im 16. und 17. Jahrhundert
Staat versus Kirche (State-Church)	Säkularisierung im Zuge der Französischen Revolution 1789
Land versus Industrie/Stadt (Land-Industry)	Industrialisierungsprozess im 19. Jahrhundert
Kapital versus Arbeit (Owner-Worker)	Oktoberrevolution in Russland 1917 und Folgejahre

Im direkten Zusammenhang zur Ressourcentheorie ist anzumerken, dass sich beide Ansätze partiell überschneiden bzw. widersprechen können. So verfügen Arbeiter nach der Ressourcentheorie nur über eher begrenzte zeitliche Möglichkeiten und Kenntnisse zur politischen Partizipation und sollten daher nach diesem Ansatz in Parteien unterrepräsentiert sein. Die Cleavagetheorie postuliert hingegen deren hohes Maß an politischer Mobilisierung in Parteien wie SPD und LINKE. Die Kombination von Ressourcentheorie und Cleavagetheorie kann auch dabei helfen, Phänomene besser zu erklären. So lässt sich – zumindest der Analyse Niedermayers 2009 folgend – der hohe Anteil

12 Vgl. Mielke 2001, S. 78f.

13 Vgl. Lipset/Rokkan 1967, S. 47.

14 Vgl. Mielke 2013, S. 180.

15 Vgl. Klein 2011b, S. 40f.

16 Vgl. ebenda, S. 41.

männlicher Parteimitglieder einerseits dadurch erklären, dass Frauen durch ihr geringeres Einkommen und die Doppellast aus Arbeit und Haushalt bzw. Kindererziehung über vergleichsweise geringe Ressourcen verfügen, andererseits dadurch, dass Politik im geschlechterspezifischen Sozialisationsprozess eher als »Männersache«¹⁷ angesehen wird.¹⁸

Anhand der vorangegangenen Beispiele wird jedoch weiterhin deutlich, dass sich die Erklärungskraft der Cleavagetheorie bestenfalls dazu eignet, gröbere, holzschnittartige Erwartungshaltungen zu formulieren: Durch eine zunehmende soziale Mobilität, insbesondere in den letzten Jahrzehnten, konnte ein Bedeutungsverlust großer sozio-politischer Cleavages und Gruppen, wie etwa der historischen Arbeiterklasse, im Wahlverhalten festgestellt werden. Dieser ist auch in der soziodemografischen Zusammensetzung von Parteien zu erwarten.¹⁹ Ebenso trägt etwa der gesellschaftliche Emanzipationsprozess der Frau dazu bei, dass der relative Anteil von Männern in Parteien und folglich auch in der Politik heute längst nicht mehr so groß ist wie in der frühen Bundesrepublik.

In der Gesamtschau zeigt sich die Entwicklung von Cleavages als dynamischer Prozess, in dem die klassischen, trennscharfen Konfliktlinien nach Lipset/Rokkan in weitaus komplexeren, modernen Spannungsfeldern aufgehen. So entstand etwa ab den 1980er Jahren in Deutschland fokussiert der ökonomische Konflikt zwischen der wohlfahrtsstaatlich abgesicherten sozialen Gerechtigkeit (SPD, DIE LINKE, Grüne) und der Marktfreiheit (FDP, Unionsparteien), während die gesellschaftlichen Gruppen, die von dieser neuen Konfliktlinie betroffen sind, heterogener wurden²⁰ und längst nicht mehr auf eine homogene Arbeiterklasse oder Unternehmerschaft reduziert werden können. Auch der kulturelle Konflikt, der sich in der frühen Bundesrepublik durchaus gut durch die klassische Konfliktlinie zwischen einer religiös-gebundenen und säkularisierten Gruppe beschreiben ließ, weicht heute einem deutlich komplexeren Gegensatz zwischen aufklärerisch-modernen und konservativ-traditionellen Orientierungen. Diese umfassen etwa mit Fragen der politischen Teilhabe, des Familienbilds sowie der Umwelt- und Asylpolitik ein breites thematisches Spektrum, in dem heterogene Gruppen unterschiedliche Positionen bei unterschiedlichen Fragestellungen einnehmen.²¹ Seit dem frühen 20. Jahrhundert kann darüber hinaus für DIE LINKE die Konfliktlinie Reform versus Revolution, die sich etwa in der Grundfrage nach Regierungsbeteiligung oder außerparlamentarischen Protest niederschlägt, als weiterer Gegensatz identifiziert werden.²² Die moderne Konfliktstruktur stellt Parteien heute insofern vor große Herausforderungen, da sie keine geschlossenen, trennscharfen Wählergruppen vorfinden, sondern sich strategisch in einer Situation orientieren müssen, die Mielke 2013 als »komplexen Wählermarkt« beschreibt.²³

17 Niedermayer 2009, S. 104.

18 Vgl. ebenda.

19 Vgl. Klein 2011b, S. 41.

20 Vgl. Mielke 2013, S. 181.

21 Vgl. Mielke 2013, S. 182f.

22 Vgl. Caramani 2020, S. 233.

23 Vgl. ebenda, S. 181f.

3.1.2 Parteiaktivität

Die Erfassung der individuellen Parteiaktivität vervollständigt in einem zweiten Schritt den ersten Komplex. Neben grundsätzlichen Variablen, die helfen, die Parteimitgliedschaft des Befragten sowohl in einem zeitlichen (Eintrittsjahr) als auch in einem geografischen (Landesverband/Kreisverband) Kontext zu erfassen, steht dabei auch die Mitarbeit in den Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften²⁴ der Partei und die Messung der Parteiaktivität auf verschiedenen Wegen im Vordergrund. Einleitend für ebendiese Messung ist die allgemeine Selbsteinschätzung des Parteimitglieds – d.h. ob es sich selbst als eher aktiv oder inaktiv einschätzt – eine erste Orientierung für die Analyse der Aktivität²⁵, die insbesondere im Verbund mit soziodemografischen Variablen Rückschlüsse darüber ermöglicht, welche Personengruppen generell aktiv tätig sind und welche nicht. Dabei handelt es sich um eine subjektive Methode, da die Einschätzung den Befragten selbst überlassen wird. Eine objektivere Messung, die etwa mit einer Quantifizierung durch die Frage nach einer durchschnittlichen monatlichen Stundenzahl erreicht werden kann, würde eine Alternative mit dem Ergebnis eines höheren Skalenniveaus bieten. Diese Art der Erhebung wäre jedoch daran geknüpft, dass unter den Befragten ein einheitliches Verständnis darüber herrscht, was zur Parteiaktivität gehört und was nicht. Ebenso kann das Aktivitätsniveau auch über kürzere Zeiträume stark schwanken, wodurch die Frage nach einem genauen Durchschnittswert weiter erschwert wird. Die subjektive Einschätzung auf einer Skala von »aktiv« bis »inaktiv« scheint daher für eine allgemeine Orientierung angemessener.²⁶

Da die Parteiarbeit höchst unterschiedliche Ausprägungen (z.B. Parteiveranstaltungen besuchen, Plakate aufhängen, bei Wahlen kandidieren, Geld spenden etc.) annehmen kann²⁷, sollen in einem zweiten Schritt die Aktivitätsformen näher beleuchtet werden. Dazu wird das Parteimitglied gefragt, wie oft es einer Reihe typischer Aktivitäten nachgeht (Tab. 2).²⁸ Das Spektrum der 13 Items greift zunächst die Aktivitäten bzw. Items aus der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 und die der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 auf (It. 1-It. 11) und ergänzt diese zusätzlich durch eine wahlkampfspezifische Komponente (It. 12) – mit der überprüft werden kann, welche Mitglieder sich besonders vor Wahlen in die Parteiarbeit einbringen – und die Frage nach der Teilnahme an politischen Kampagnen, wie etwa Demonstrationen (It. 13). Letztgenann-

24 Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften (BAGs und LAGs) stellen innerparteiliche Zusammenschlüsse dar und sind keine Gliederungen der Partei (§7 Bundessatzung der Partei DIE LINKE). Für die Gründung müssen jedoch formale Voraussetzungen erfüllt werden, die durch die Bundessatzung oder die jeweiligen Landessatzungen definiert werden. Häufig bilden sich BAGs und LAGs durch den Zusammenschluss von Parteimitgliedern mit einem gemeinsamen Interesse für ein bestimmtes Politikfeld (z.B. BAG Gesundheit und Soziales, BAG Netzpolitik). Auch Anhänger einer bestimmten Strömung gründen Arbeitsgemeinschaften (z.B. Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke).

25 Vgl. Bruter/Harrison 2009, S. 1286; Spier 2011a, S. 98.

26 Vgl. Spier 2011a, S. 98.

27 Vgl. ebenda, S. 108; Nonnenmacher/Spier 2014, S. 375f.

28 Vgl. ebenda, S. 109.

te haben in der politischen Arbeit der LINKEN, die sich als eine »Partei in Bewegung«²⁹ sieht und politische Forderungen »auf die Straße«³⁰ tragen möchte, eine große Bedeutung, wodurch dieses Item den ursprünglichen Katalog der beiden großen Parteimitgliederstudien sinnvoll ergänzt.

Tabelle 2: Aktivitätsformen nach Spier 2011a auf Basis der Potsdamer Parteimitgliederstudie (1998) und der Deutschen Parteimitgliederstudie (2011) und zusätzliche Items der Mitgliederbefragung 2019

Aktivitätsformen		
It.1	Parteiversammlungen besuchen	Items PP 1998/ DP 2009
It.2	Bei Festen und anderen geselligen Veranstaltungen mitmachen	
It.3	Plakate aufhängen, Informationsmaterial verteilen	
It.4	Bei der Organisation der Parteiarbeit mithelfen	
It.5	Ein Amt in der Partei übernehmen	
It.6	In Arbeitskreisen oder anderen Gremien der Partei an der Formulierung politischer Aussagen mitwirken	
It.7	Für ein öffentliches Amt kandidieren	
It.8	Im persönlichen Gespräch neue Mitglieder werben	
It.9	Bei Bedarf zusätzliches Geld spenden	
It.10	Bei sozialen Aktionen der Partei mitmachen (z. B. Seniorenbetreuung, Kleidersammlung)	
It.11	In Beiträgen für Parteizeitungen, sozialen Medien, Zeitungen etc. die Ansichten der Partei deutlich machen	
It.12	Bei Wahlkämpfen aktiv mitwirken	Zusätzliche Items
It.13	Bei politischen Kampagnen (z. B. Demonstrationen) aktiv mitwirken	

Alle Items können in der Auswertung einzeln beleuchtet werden und erlauben Aussagen darüber, welchen Aktivitätsformen besonders nachgegangen wird bzw. welche Tätigkeiten von nur wenigen Parteimitgliedern wahrgenommen werden. Für die Zusammenfassung der einzelnen Items und die damit verbundene Einordnung der Parteimitglieder in verschiedene Gruppen entwickelte Klein 2006 darüber hinaus eine Typologie³¹, die auf der empirischen Datenanalyse³² der Potsdamer Parteimitgliederstudie basiert. Aus ihr resultieren vier Partizipationstypen, deren Profile – aufgeschlüsselt nach Items

29 DIE LINKE 2018b, S. 1.

30 Ebenda, S. 11.

31 Vgl. Klein 2006, S. 52–54; Spier 2011a, S. 110.

32 Die vier Typen wurden mittels einer elektronischen Clusteranalyse ermittelt, die die Befragten anhand ihrer Aktivitäten in möglichst homogene Gruppen einordnet. Jeder Teilnehmer wurde genau einer Gruppe zugeordnet (vgl. Klein 2006, S. 54; Spier 2011a, S. 110).

(vgl. Tab. 2) – in Tabelle 3 dargestellt werden. Die Prozentbereiche zeigen dabei den Anteil der Befragten, die in der Potsdamer Parteimitgliederstudie für das jeweilige Item mit »eher häufig« und »sehr häufig« antworteten und stellen die typenbildenden Indikatoren dar: *Inaktive*³³ besuchen selten Parteiveranstaltungen und gehen auch kaum anderen Aktivitäten nach (kein Item erreicht einen prozentualen Anteil über 5 Prozent³⁴). *Versammlungsbesucher* sind hingegen öfter auf Mitgliederversammlungen anzutreffen (It. 1), wobei sich ihre Aktivität hauptsächlich auf diese Aktivität beschränkt. Der Typ der *geselligkeitsorientierten Aktiven* besucht neben den Parteiversammlungen auch Feste und andere gesellige Veranstaltungen der Partei (It. 1 und It. 2) und nimmt in wenigen Fällen – jedoch öfter als die beiden vorherigen Typen – Parteiämter wahr oder beteiligt sich an organisatorischen Planungen (It. 3 und It. 4). *Ämterorientierte Aktive* unterscheiden sich von allen anderen Typen durch ihre Aktivität in nahezu allen möglichen Formen. Dabei ist die Gruppe besonders in der Organisation tätig, übernimmt Parteiämter oder kandidiert für öffentliche Mandate.³⁵

Tabelle 3: Partizipationstypen nach Klein 2006 (Auf Basis der Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998)

	Inaktive	Versammlungsbesucher	Geselligkeitsorientierte Aktive	Ämterorientierte Aktive
Items	-	It.1	It.1; It.2	It.1-It.7
> 50 %	-	-	It.3; It.4	It.8-It.11
Items	-	-	It.3; It.4	It.8-It.11
20 % – 50 %	-	-	It.3; It.4	It.8-It.11
Items	It.1 – It.11	It.2-It.11	It.5 – It.11	-
< 20 %	It.1 – It.11	It.2-It.11	It.5 – It.11	-

3.1.3 Grundsätzliche Hypothesen

Auf Basis der soziodemografischen Theoriegrundlage und den Erkenntnissen aus vorangegangenen Parteimitgliederstudien können zunächst neben dem Ziel eines ganzheitlichen Bildes der soziodemografischen Struktur grundsätzliche Hypothesen zu Besonderheiten der LINKEN für die Forschungsfrage des ersten Komplexes formuliert werden:

33 Formulierung von Spier 2011a, S. 110 (bei Klein 2006 »Karteileichen«).

34 vgl. Klein 2006, S. 53.

35 Vgl. Klein 2006, S. 54; Spier 2011a, S. 110.

- H1** Es ist davon auszugehen, dass der Frauenanteil innerhalb der Partei DIE LINKE größer ausfällt als bei anderen Parteien. Dies ist insbesondere aus dem frauen-politischen Schwerpunkt im Selbstverständnis der Partei (Feminismus)³⁶ sowie aus einem größeren Anteil älterer weiblicher Mitglieder im Osten, die vor 1990 bereits in die SED eingetreten sind, ableitbar. Zudem unterstreichen die Ergebnisse der Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998, der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 sowie die soziodemografischen Erkenntnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie 2017³⁷ ebenfalls einen hohen Frauenanteil: Zwar hatte sich dieser zwischen den Jahren 1998 und 2017 von 43 Prozent auf 36 Prozent deutlich verringert, jedoch hatte die LINKE – knapp hinter den Grünen – mit diesem Wert den zweithöchsten Frauenanteil der zu diesem Zeitpunkt im Bundestag vertretenen Parteien.³⁸
- H2** DIE LINKE verzeichnete zwischen 1998 und 2017 einen kontinuierlichen Anstieg von 15 Prozent unter den jüngeren Parteimitgliedern unter 35 Jahren und besaß damit zu diesem Zeitpunkt den höchsten Anteil aller Bundestagsparteien.³⁹ Ausgehend von diesem Trend ist anzunehmen, dass dies auch 2019 der Fall ist.
- H3** Der Anteil an Parteimitgliedern im Rentenalter verringerte sich – maßgeblich aufgrund des Todes ehemaliger SED-Mitglieder – zwischen 1998 und 2017 deutlich von 70 Prozent auf 51 Prozent.⁴⁰ Dieser Trend sollte sich auch 2019 fortsetzen, wenngleich sich die »geerbte« Mitgliederstruktur der SED in einem nach wie vor vergleichsweise hohen Anteil von Rentnern und Pensionären niederschlagen wird.
- H4** DIE LINKE sieht sich als eine Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung, wodurch sie ihr Programm insbesondere an die Gruppe der Arbeiter und Angestellten adressiert.⁴¹ Es ist demnach davon auszugehen, dass die Berufsgruppe der Arbeiter und Angestellten in der Mitgliederstruktur stark repräsentiert ist.
- H5** Durch die betonte Gewerkschaftsnähe der Partei⁴² ist davon auszugehen, dass gewerkschaftlich organisierte Personen in der Partei stark repräsentiert sind. Auch der Trend zwischen 1998 und 2017 unterstreicht diese Annahme: Als einzige Partei mit einem durchgehenden Anstieg bei den Gewerkschaftsmitgliedern erreichte DIE LINKE 2017 fast den Wert der SPD, die mit 35 Prozent zu diesem Zeitpunkt den höchsten Anteil verzeichnete.⁴³
- H6** Mit Blick auf die soziale Schichtzugehörigkeit der Mitglieder ist ein gespaltenes Bild zu erwarten. In der Konfliktlinie »Arbeit versus Kapital« sieht sich die Partei in ihren Leitideen klar auf der Seite der Arbeit, in der Konfliktlinie »Wohlfahrtsstaat versus Marktfreiheit« auf der Seite des Wohlfahrtsstaats.⁴⁴ DIE LINKE adressiert ihr Programm auf diesem Weg vor allem an eine sozial schwächer gestellte Gruppe, was sich

36 Vgl. DIE LINKE 2011a, S. 17.

37 Vgl. Klein et al. 2019, S. 86.

38 Vgl. ebenda, S. 87.

39 Vgl. Klein et al. 2019, S. 87f.

40 Vgl. ebenda, S. 91.

41 Vgl. DIE LINKE 2011a, S. 2–5.

42 Vgl. ebenda, S. 5.

43 Vgl. Klein et al. 2019, S. 94f.

44 Vgl. DIE LINKE 2011a, S. 5.

auch in der Mitgliederstruktur widerspiegeln könnte, jedoch gleichzeitig einen Gegensatz zum Ressourcen-Ansatz in allen drei Faktoren – Bildung, Zeit und Mittel – vermuten lässt. Letztgenannter postuliert mit der Voraussetzung einer großen Ressourcenstärke für den Eintritt eine Präsenz sozial stärkerer Schichten in Parteien.

- H7 Es ist zu erwarten, dass der Anteil von Personen mit religiösem Hintergrund innerhalb der LINKEN weiterhin niedriger ausfällt als in anderen Parteien oder der Gesamtbevölkerung. Zwar »verteidigt [DIE LINKE] das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer [...] Religion«⁴⁵ in ihrem Programm, betont jedoch an gleicher Stelle »die notwendige institutionelle Trennung von Kirche und Staat«⁴⁶. Die Ausarbeitung des Erfurter Programms führte zudem zu einer parteiinternen Auseinandersetzung mit dem Laizismusbegriff. Dieser wird zwar im Parteiprogramm von 2011 verwendet, jedoch gibt es keine explizite Aussage darüber, ob DIE LINKE laizistisch sein sollte oder nicht. Die Gründung laizistischer Arbeitskreise sowie die Forderungen der Landesverbände Sachsen und Nordrhein-Westfalen nach einer größeren Trennung zwischen Kirche und Staat im Jahr 2016 unterstreichen jedoch die staatsorientierte Position der Partei in der Konfliktlinie »Staat versus Kirche«.⁴⁷

Die Kluft zwischen Religionen und linken Bewegungen, Parteien und Ideologien im geschichtlichen Kontext sollte zudem ein historisches Erbe für die heutige LINKE darstellen, welches ebenfalls in der Mitgliederstruktur – insbesondere im Osten – Wirkung entfalten könnte: Bereits Marx distanzierte sich 1844 in »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« scharf von Religionen (»Opium für das Volk«⁴⁸) – eine Grundhaltung, die sich auch bis in die Ideologie des Marxismus-Leninismus späterer kommunistischer Parteien in Deutschland fortsetzte. Diese Definition von Religion und Kirche als eine Art Gegenpol zum Sozialismus führte insbesondere in der DDR unter Führung der SED zu weitreichenden repressiven Maßnahmen des Staats gegenüber Religionsvertretern.⁴⁹ Zwar sank der Anteil Konfessionsloser zudem zwischen 1998 und 2017 – maßgeblich durch die Ausdehnung der Partei in den alten Bundesländern – von 97 Prozent auf 78 Prozent, jedoch stagnierte dieser Wert bereits ab 2009 und bildete – trotz einer Zunahme des Konfessionslosen-Anteils in allen anderen Parteien sowie in der Gesamtbevölkerung – mit Abstand den kleinsten Wert unter den Bundestagsparteien.⁵⁰

Aus dem Selbstverständnis der Partei sowie den vorliegenden Befunden der Potsdamer Parteimitgliederstudie und der Deutschen Parteimitgliederstudie können zudem Hypothesen hinsichtlich des Aktivitätsprofils der LINKEN-Mitglieder abgeleitet werden:

45 DIE LINKE 2011a, S. 56.

46 Ebenda.

47 Vgl. Hildebrandt et al. 2019, S. 13f.

48 Marx 1844, S. 378.

49 Vgl. Neubert 2011, S. 3f.

50 Vgl. Klein et al. 2019, S. 96.

- H8 In Relation zu anderen Parteien⁵¹ zeichnete sich DIE LINKE in beiden Studien durch ein vergleichsweise höheres Aktivitätsniveau unter ihren Mitgliedern aus. So war sowohl 1998 als auch 2009 der Anteil derer, die sich selbst als überhaupt nicht aktiv einschätzen, mit 16 Prozent nur etwa halb so groß wie bei den anderen Parteien.⁵² Vor dem Hintergrund eines generellen Mitgliederschwunds bei den untersuchten Parteien und der Prämisse, dass vornehmlich weitgehend inaktive Personen Parteien verlassen und sich Neumitglieder durch ein höheres Aktivitätsniveau auszeichnen⁵³, ist davon auszugehen, dass sich die LINKEN-Mitglieder auch 2019 durch eine ähnlich hohe Aktivität auszeichnen.
- H9 Zwischen 1998 und 2009 stieg – parteiunabhängig – der Anteil der Aktiven unter den jüngeren Mitgliedern unter 35 Jahren von 23 Prozent auf 37 Prozent.⁵⁴ Dieser Trend könnte sich auch zehn Jahre später in der LINKEN fortsetzen.
- H10 Durch die für die Mitgliederstruktur der LINKEN charakteristische Lücke bei den mittleren Altersgruppen⁵⁵ können sich Parteimitglieder im Rentenalter mangels Nachfolger schwieriger zugunsten einer neuen Generation aus der Parteiarbeit zurückziehen. Im Vergleich zu anderen Parteien ist daher davon auszugehen, dass ältere Mitglieder innerhalb der LINKEN ein höheres Aktivitätsniveau vorweisen.
- H11 Durch den strategischen Schwerpunkt der LINKEN, politische Inhalte häufig auch außerparlamentarisch bei Demonstrationen in die Öffentlichkeit zu tragen, ist davon auszugehen, dass sich die Teilnahme an politischen Kampagnen und Demonstrationen (Item 13) sowie sonstigen öffentlichkeitswirksamen Parteiveranstaltungen (Item 2) als häufige Aktivitätsformen innerhalb der Mitgliederstruktur wiederfinden. Dies wird auch durch den überdurchschnittlich hohen Anteil der gesellschaftsorientierten Aktiven in den Parteimitgliederstudien von 1998 und 2009 gestützt.⁵⁶
- H12 Sowohl Klein 2006 als auch Spier et al. 2011 lassen darauf schließen, dass sich innerhalb der Mitgliederstruktur der LINKEN – im Vergleich zu anderen Parteien – weniger Inaktive befinden.⁵⁷
- H13 Der Vergleich der beiden Parteimitgliederstudien von 1998 und 2009 zeigt in allen untersuchten Parteien eine Tendenz hin zu einem größeren Anteil ämterorientierter Aktiver.⁵⁸ Das langfristige Erstarken dieses Typus könnte sich auch bis 2019 fortgesetzt haben.

51 Sowohl in der Potsdamer Parteimitgliederstudie, als auch in der Deutschen Parteimitgliederstudie sind dies die Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne.

52 Vgl. Spier 2011a, S. 99.

53 Vgl. ebenda, S. 100.

54 Vgl. ebenda.

55 Vgl. hierzu Abschnitt 5.1.

56 Vgl. ebenda, S. 111.

57 Vgl. Klein 2006, S. 55; Spier 2011a, S. 111.

58 Vgl. Spier 2011a, S. 112.

3.1.4 Operationalisierung

Der soziodemografische Komplex (Tab. 4) umfasst zunächst mit den Fragennummern 23 bis 32 ein Modul, das maßgeblich den Fragen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 entspricht, um auf diesem Weg an späterer Stelle einen Vergleich der Studien zu ermöglichen.⁵⁹ Gemäß der Fragebogenkonstruktion nach Diekmann 2007 sind diese Fragen für die Teilnehmer eher wenig von Interesse und markieren daher den Schluss des Fragebogens.⁶⁰ Erfasst wurden Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, formale Bildung, Erwerbsstatus, berufliche Stellung, subjektive Schichteinstufung sowie die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und Konfession. Zusätzlich wurde in der Mitgliederbefragung 2019 noch das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds erhoben, um die soziodemografische Gesamtschau um eine Komponente zu erweitern und zu vervollständigen.

Tabelle 4: Komplex I: Soziodemografischer Teil. Operationalisierung im Fragebogen

Nr.	Fragestimulus	Frageotyp	Antwortoptionen
23	Geschlecht	Auswahlfrage	männlich weiblich divers
24	In welchem Jahr wurdest du geboren?	Freitexteingabe (vierstellig/numerisch)	Freitextfeld für eine vierstellige (Jahres-)Zahl
25	Familienstand	Auswahlfrage	Ledig Verheiratet /Feste Partnerschaft Geschieden Verwitwet
26	Formale Bildung	Auswahlfrage (5-stufige Skala)	Ich bin noch Schüler*in kein Abschluss Hauptschulabschluss Mittlere Reife / POS (Fach-)Abitur /EOS (Fach-)Hochschulabschluss

59 Vgl. Klein 2011b, S. 42–54.

60 Vgl. Diekmann 2007, S. 484f.

Nr.	Fragestimulus	Frageotyp	Antwortoptionen
27	Derzeitiger Erwerbsstatus	Auswahlfrage mit einer Freitexteingabefunktion für sonstige Antworten	○ Vollzeitwerbstätig ○ Teilzeiterwerbstätig ○ Arbeitslos ○ Rentner*in / Pensionär*in ○ Auszubildende*r ○ Student*in ○ Sonstige: (Freitexteingabe)
28	Berufliche Stellung	Auswahlfrage mit einer Freitexteingabefunktion für sonstige Antworten	○ Arbeiter*in / Angestellte*r ○ Beamte*r ○ Selbstständige*r ○ Freiberufler*in ○ Sonstige: (Freitexteingabefeld)
29	Konfessionszugehörigkeit	Auswahlfrage mit einer Freitexteingabefunktion für sonstige Antworten	○ Konfessionslos ○ Katholisch ○ Evangelisch ○ Muslimisch ○ Andere Konfession: (Freitexteingabe)
30	Ich habe einen Migrationshintergrund.	Auswahlfrage	○ Ja ○ Nein
31	Welcher gesellschaftlichen Schicht würdest du dich zuordnen?	Auswahlfrage (5-stufige Skala)	○ Unterschicht ○ Untere Mittelschicht ○ Mittlere Mittelschicht ○ Obere Mittelschicht ○ Oberschicht ○ keine dieser Schichten
32	Ich bin Gewerkschaftsmitglied.	Auswahlfrage mit einer Freitexteingabefunktion für sonstige Antworten	○ Ja, in folgenden Gewerkschaften: (Freitexteingabe) ○ Nein

Bei allen Fragen handelt es sich um nominal skalierte Auswahlfragen – mit Ausnahme der Nummern 26 und 29, welche ein ordinales Skalenniveau aufweisen und Nummer 24, die metrisch das Geburtsjahr erhebt. Mehrfachantworten sind im gesamten Modul ausgeschlossen. Die Fragen 27, 28 und 32 enthalten eine sonstige Antwortoption mit Freitexteingabefeld, um entweder Personen zu erfassen, die nicht von den vorgegebenen Antwortoptionen abgedeckt werden, oder – wie im Fall der Frage nach einer konkreten Gewerkschaft – das ganze Spektrum möglicher Antworten einzuschließen. Insgesamt erzeugt der Fragenkomplex zur Soziodemografie einerseits ein umfassendes deskriptives Bild der aktuellen Mitgliederstruktur innerhalb der LINKEN, andererseits stellen die hier erhobenen Variablen einen wesentlichen Bestandteil für die Ermittlung von Zusammenhängen mit anderen Fragenkomplexen dar. Hierbei ist es erforderlich, je nach Fragestellung soziodemografische Gruppen zu definieren. Ergänzend zu den soziodemografischen Fragen wurde Komplex I gemäß Abschnitt 3.1.2 durch die Fragen 1 bis 5 sowie die Frage 8 erweitert (Tab. 5). Mit diesem Modul wurde die Parteiaktivität des Befragten erfasst. Nummer 1 (Beitrittsjahr) und Nummer 2 (Landesverband) sind dabei die Einstiegsfragen des Bogens und zudem die einzigen beiden Fragen im gesamten Erhebungsinstrument, die von den Teilnehmern nicht übersprungen werden konnten. Frage 3 (Kreisverband/Stadtverband) ermöglicht dann den Rückschluss auf die kleinsten Organisationselemente der Partei, womit u.a. Unterschiede zwischen eher urbanen oder eher ländlichen Räumen analysiert werden können. Frage 4 erfasst die Mitgliedschaft in den innerparteilichen Zusammenschlüssen. Da sich die Parteiflügel häufig ebenfalls in innerparteilichen Zusammenschlüssen organisieren, können durch diese Frage u.a. Schlussfolgerungen, zu deren Stärke und Einfluss in innerparteilichen Kontroversen gezogen werden. Die Antwortoptionen bestanden dabei zunächst auf einer – sehr umfangreichen – Vorauswahl aller zum Zeitpunkt der Befragung anerkannten Bundesarbeitsgemeinschaften.⁶¹ Da die Vielfalt der Landesarbeitsgemeinschaften je nach Landesverband unterschiedlich ausfällt, einige LAGs in nur einem Teil oder einem einzigen Landesverband vertreten sind oder sich je nach den politischen Schwerpunkten der dort zugehörigen Parteimitglieder zu höchst unterschiedlichen Themen bilden, wurden diese in der gleichen Frage durch ein Freitextfeld erfasst.

Mit der fünften Frage wird ermittelt, ob der Teilnehmer bereits ein Parteiamt und/oder ein Mandat wahrgenommen hat. Parteiämter wurden als solche Positionen definiert, die innerhalb der Partei bestimmte Funktionen erfüllen. Hierzu gehört etwa die Mitgliedschaft in Ortsvorständen oder Landesvorständen der LINKEN. Die Definition der Mandate bezieht sich hingegen auf solche Positionen, die durch öffentliche, demokratische Wahlen ermittelt werden. Beispielfähig hierfür ist etwa der Sitz im Stadtrat einer Gemeinde oder das Landtagsmandat. Die letzten beiden Fragen des Moduls erheben schließlich die Intensität (Frage 6) und Form (Frage 8) der Parteiaktivität gemäß den in Abschnitt 3.1.2 definierten theoretischen Grundlagen. Auf einer vierstufigen, ordinalen Skala wurde hierfür zunächst das generelle Aktivitätsniveau erhoben, bevor eine fünfstufige ordinale Skala schließlich die Aktivität bei verschiedenen Tätigkeiten innerhalb der Partei erfasste.

61 Vgl. DIE LINKE 2020.

Tabelle 5: Komplex I: Parteiaktivität. Operationalisierung im Fragebogen

Nr.	Fragestimulus	Fragetyp / Items	Antwortoptionen
1	Seit wann bist du Mitglied der Partei DIE LINKE?	Auswahlfrage mit einer (numerisch vierstelligen) Freitexteingabefunktion für sonstige Antworten	☐ 2013 ☐ [...] ☐ 2019 ☐ Ein anderes Jahr: (Freitexteingabe)
2	Dein Landesverband	Auswahlfrage und Filter für Frage 3	16 Landesverbände, äquivalent zu den deutschen Bundesländern
3	Dein Kreisverband / Stadtverband	Auswahlfrage	Alle Kreisverbände der Partei DIE LINKE, je nach Antwort auf Frage 2
4	Ich bin Mitglied in folgenden innerparteilichen Zusammenschlüssen:	Auswahlfrage mit möglicher Mehrfachauswahl und einer Freitexteingabefunktion für LAGs	☐ Alle BAGs der Partei DIE LINKE ☐ Freitextfeld für LAGs ☐ Ich bin in keinem Zusammenschluss Mitglied. ☐ Keine Angabe
5	Wurdest du als Parteimitglied schon einmal in ein Amt (z. B. Ortsvorstand/Landesvorstand) gewählt oder hast du ein Mandat (z. B. Stadtratsmandat/Landtagsmandat) übernommen?	Auswahlfrage	☐ Nein ☐ Ich habe bereits ein Amt wahrgenommen. ☐ Ich habe bereits ein Mandat übernommen. ☐ Beides

Nr.	Fragestimulus	Fragetyp / Items	Antwortoptionen
6	Parteimitglieder können abhängig von ihren Möglichkeiten unterschiedlich viel Zeit für die Parteiarbeit aufwenden. Wie aktiv bist du?	Auswahlfrage (4-stufige Skala)	☐ nicht aktiv ☐ eher nicht aktiv ☐ eher aktiv ☐ aktiv ☐ keine Angabe
8	Es gibt verschiedene Formen der Mitarbeit in der Partei. Natürlich hat kaum jemand die Zeit und die Möglichkeit, dies alles zu tun. Wenn du an deine bisherige Mitgliedschaft denkst: Wie oft hast du dich an den nachfolgend aufgeführten Aktivitäten beteiligt?	Auswahlfragen / Itembatterie (5-stufige Skala) Items: H1 Parteierversammlungen besuchen H2 Bei Festen und anderen geselligen Veranstaltungen mitmachen H3 Plakate aufhängen, Informationsmaterial verteilen H4 Bei der Organisation der Parteiarbeit mithelfen H5 Ein Amt in der Partei übernehmen H6 In Arbeitskreisen oder anderen Gremien der Partei an der Formulierung politischer Aussagen mitwirken H7 Für ein öffentliches Amt kandidieren H8 Im persönlichen Gespräch neue Mitglieder werben H9 Bei Bedarf zusätzliches Geld spenden H10 Bei sozialen Aktionen der Partei mitmachen (z. B. Seniorenbetreuung, Kleidersammlung) H11 In Beiträgen für Parteizeitungen, sozialen Medien, Zeitungen etc. die Ansichten der Partei deutlich machen H12 Bei Wahlkämpfen aktiv mitwirken H13 Bei politischen Kampagnen (z. B. Demonstrationen) aktiv mitwirken	☐ selten/nie ☐ eher selten ☐ manchmal ☐ eher häufig ☐ sehr häufig

3.2 Komplex II: Parteieintritt und Beitrittsmotivationen

3.2.1 General Incentives Model und Beitrittsimpulse

Abschnitt 3.1 beschäftigte sich insbesondere durch die Ressourcentheorie mit soziodemografischen Merkmalen, die eine Parteimitgliedschaft begünstigen und der Frage, wer aufgrund seiner Kenntnisse, Zeit, Mittel und Gruppenzugehörigkeit eher zu einer Parteimitgliedschaft tendiert. Neben dieser Frage nach dem »Können« bzw. den Kosten einer Parteimitgliedschaft⁶² gilt es jedoch auch zu beleuchten, warum Menschen Parteimitglied werden wollen bzw. welche Motive und konkreten Impulse sie schlussendlich zu einem Beitritt bewegen.

Aus diesem Grund wurden die Teilnehmer der Mitgliederbefragung 2019, angelehnt an die deutsche Parteimitgliederstudie 2009, nach insgesamt sieben verschiedenen Motivitems befragt, die sich wiederum auf sieben Motivkomplexe verteilen und den Kern der Frage »Was bewegt Menschen in Deutschland zum Beitritt in die Partei DIE LINKE?« darstellen (Tab. 6). Die Einzelmotive sind dabei angelehnt an das General-Incentives-Model (»Anreizmodell«) von Seyd/Whiteley 1992⁶³ bzw. Klein 2006⁶⁴, welches als Ausgangspunkt die These vertritt, dass Parteieintritte primär durch positive Anreize ausgelöst werden, die von einer Person mit der Mitgliedschaft in einer bestimmten Partei verbunden werden. Die bewusste Entscheidung für den Begriff des Anreizes anstatt den des Nutzens verdeutlicht, dass es sich bei der Untersuchung nicht einzig um den ökonomischen bzw. den materiellen Nutzen einer Parteimitgliedschaft handelt, sondern um allgemeinere Motivkomplexe.⁶⁵ Alle Befragten hatten die Möglichkeit auf die Frage, warum sie der Partei DIE LINKE beigetreten sind, die einzelnen Motive mit »überhaupt nicht wichtig«, »weniger wichtig«, »teils-teils«, »wichtig« und »sehr wichtig« gemäß dem Einfluss auf ihre individuelle Beitrittsentscheidung zu bewerten.

In der Definition beschreiben *selektiv-ergebnisbezogene Anreize* persönliche Vorteile, die als ein Ergebnis aus der Mitgliedschaft resultieren können. Diese können etwa berufliche Vorteile durch das Knüpfen von nützlichen Kontakten sein oder das Streben nach öffentlichen Mandaten und Parteiämtern durch eine Kandidatur bei Wahlen als eine denkbare Möglichkeit, die sich aus der Mitgliedschaft ergibt. *Selektiv-prozessbezogene Anreize* beschreiben hingegen die persönlichen Vorteile bzw. Befriedigungen, die das einzelne Mitglied aus der Parteiarbeit als solcher erfährt. Hierzu gehören etwa soziale Aspekte wie die Möglichkeit, durch die Partei mit gleich gesinnten Personen zusammenzukommen oder der Spaß an der politischen Arbeit sowie informations- und bildungsspezifische Aspekte. Das Item »Zur Weiterbildung meines politischen Sachverständnisses« wurde in diesem Motivkomplex für die Mitgliederbefragung 2016 ergänzt und ist in der Deutschen Parteimitgliederstudie nicht enthalten. Damit soll neben dem Anreiz der politischen Information durch das Item »Um mich besser über Politik zu informieren« auch die politische Bildung als individueller Beweggrund erfasst werden.

62 Vgl. Weber 2020, S. 497f.

63 Vgl. Seyd/Whiteley 1992.

64 Vgl. Klein 2006.

65 Vgl. Laux 2011a, S. 62.

Als Gegenstück zu den beiden selektiven Komplexen, die die persönlichen Vorteile des Mitglieds abdecken, beschreiben *kollektiv-politische Anreize* die Motivation, sich für bestimmte politische Ziele einzusetzen, Inhalte zu vertreten sowie den Einfluss der Partei allgemein zu stärken. Bei dem Motiv »Um mich für sozialistische Ideale einzusetzen« handelt es sich um ein »parteispezifisches Ideologieitem«⁶⁶, welches in der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 von Partei zu Partei variierte und exklusiv den Befragten der LINKEN zur Bewertung gestellt wurde. Das Motiv »Aus Protest gegenüber anderen Parteien« stellt hingegen eine zweite und letzte Ergänzung dar, die nicht bei Spier et al. 2011 Anwendung findet und den Motivkomplex der kollektiv-politischen Anreize um den Faktor des Protestpotenzials erweitert. Als *normative Anreize* sei der Komplex definiert, welcher sich mit dem sozialen Umfeld der Person beschäftigt, d.h. welchen unmittelbaren Einfluss Familie und Freunde auf die individuelle Eintrittsentscheidung hatten oder ob das Mitglied Erwartungen seines Umfelds mit dem Eintritt gerecht werden möchte. Die Beitrittsentscheidung aus Bürgerverantwortung definiert hingegen den Komplex der *altruistischen Anreize*, bei dem es dem Mitglied darum geht, seiner Verantwortung als Bürger nachzukommen und einen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie zu leisten. *Ideologische Anreize* liegen vor, wenn das Mitglied im möglichen Einfluss auf den politischen Kurs einen Beitrittsanreiz sah oder sich zu einem Flügel oder einer Gruppierung der Partei verbunden fühlt und diesen stärken möchte. Schließlich markieren *expressive Anreize* den Abschluss der Motivkomplexe. Diese beschreiben, inwieweit die Sympathie zu bestimmten Spitzenpolitikern oder der Partei als Ganzes positiven Einfluss auf die Beitrittsentscheidung hatte.⁶⁷

Die definierten Motivkomplexe helfen dabei, individuelle Beweggründe näher zu beleuchten und den Parteibeitritt des einzelnen Mitglieds besser zu ergründen. Sie allein liefern jedoch ein noch recht unvollständiges Bild, da sie etwa keine Ereignisse in der Tagespolitik, bestimmte politische Interessen oder aktuelle Themen als möglichen Einflussfaktor berücksichtigen. Laux 2011a vergleicht diese kurzfristigen Beitrittsimpulse mit der Entscheidung, in einen Fußballverein einzutreten:

»Ein wichtiges Motiv, in einem Fußballverein aktiv zu werden, mag die Aussicht sein, etwas für die eigene Gesundheit und Fitness zu tun. Doch den Anlass dazu gibt womöglich der Kollege, der einen nach der Arbeit zum ersten Training mitnimmt.«⁶⁸

Entscheidend können demnach nicht nur die bereits definierten, langfristigen und überlegten Motive sein, sondern möglicherweise konkrete, ggf. affektuelle oder zufällige Anlässe. Beitrittsimpulse stellen neben der inhaltlichen Ergänzung und Vertiefung der Motivkomplexe demnach einen wichtigen Indikator dafür dar, welche konkreten politischen Ereignisse und Prozesse Menschen zum Beitritt in DIE LINKE motiviert haben.

66 Laux 2011a, S. 64.

67 Vgl. ebenda, S. 62–64; Angenendt 2017, S. 85–87.

68 Laux 2011a, S. 72.

Tabelle 6: Motivkomplexe und Beitrittsanreize in der Deutschen Parteimitgliederstudie 2011 nach Laux 2011a⁶⁹

Motivkomplex	Einzelmotive
Selektiv-ergebnisbezogene Anreize	○ Um berufliche Vorteile zu erlangen ○ Aus Interesse an einem öffentlichen Mandat ○ Aus Interesse an einem Parteiamt
Selektiv-prozessbezogene Anreize	○ Aus Spaß an der politischen Arbeit ○ Um mich besser über Politik zu informieren ○ Um mit netten Leuten zusammenzukommen ○ Zur Weiterbildung meines politischen Sachverstands*
Kollektiv-politische Anreize	○ Um mich für die Ziele der Partei einzusetzen ○ Um den Einfluss der Partei zu stärken ○ Um mich für sozialistische Ideale einzusetzen ○ Aus Protest gegenüber anderen Parteien*
Normative Anreize	○ Wegen des Einflusses von Familie und Freunden
Altruistische Anreize	○ Um meiner Verantwortung als Bürger*in nachzukommen
Ideologische Anreize	○ Um einen bestimmten Flügel der Partei zu stärken ○ Um den politischen Kurs der Partei zu beeinflussen
Expressive Anreize	○ Wegen einer beeindruckenden Persönlichkeit an der Parteispitze ○ Um meine Sympathie für die Partei zu zeigen

3.2.2 Sozialpsychologischer Ansatz

Neben dem sozialstrukturellen Ansatz, der durch die Ressourcen- und Cleavagetheorie definiert wird und dem General-Incentives-Modell, einer Theorie zur Erfassung motivationaler Einflussfaktoren auf den Parteieintritt, liefert der sozialpsychologische Erklä-

69 Items, die mit einem Stern markiert sind, sind nicht im Fragebogen von Spier et al. 2011 enthalten.

rungsansatz einen dritten und letzten Schwerpunkt, um die Ursachen des Parteibeitritts näher zu ergründen. Dieser wurde ebenfalls bereits in der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 angewandt und für die vorliegende Studie um einen Fragenkomplex erweitert.

Im Gegensatz zum Anreizmodell beschäftigt sich der sozialpsychologische Ansatz mit persönlichen Interessen und Wahrnehmungen: Zunächst gilt es, das politische Interesse des Befragten zu erfassen, wobei zu erwarten ist, dass sich bei Parteimitgliedern das allgemeine Interesse an Politik von dem der Bevölkerung abhebt.⁷⁰ Wird die Beitrittsentscheidung auf das politische Interesse zurückgeführt, so beschreibt dies einen Prozess, welcher bei Hoffmann 2011 erläutert wird:

»Ein Bürger entwickelt Interesse am politischen Geschehen und daraufhin eigene politische Überzeugungen. Daraus entsteht der Wunsch, die Partei, deren Positionierung am ehesten mit der eigenen übereinstimmt, durch aktive Mitarbeit oder die reine Mitgliedschaft zu unterstützen.«⁷¹

Es ist daher davon auszugehen, dass Interessenfaktoren einen großen Einfluss auf den Eintritt nehmen. Diese werden in der vorliegenden Studie in Anlehnung an die Deutsche Parteimitgliederstudie aus drei verschiedenen Perspektiven untersucht (Tab. 7):

- Das allgemeine politische Interesse des Befragten
- Das politische Interesse auf verschiedenen Politikebenen
- Das politische Interesse für verschiedene Politikfelder

Während bei Hoffmann 2011 die Bundespolitik die höchste Ebene darstellt, wurde die Mitgliederbefragung 2019 um die europäische Ebene und die der Weltpolitik erweitert. Insbesondere europapolitische Fragen spielten sowohl bei der Wählerschaft als auch in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2013 noch eine untergeordnete Rolle.⁷² Dass europäische Politik jedoch einen Bedeutungszuwachs verzeichnete, beweist nicht zuletzt die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019: Lag diese 2009 zum Erhebungszeitraum der Daten für die Deutsche Parteimitgliederstudie von Spier et al. 2011 in Deutschland noch bei 43,27 Prozent, erreichte sie bei der Wahl 2019 einen Wert von 61,38 Prozent.⁷³ DIE LINKE selbst stellt ihren Kontext zur Europapolitik bzw. zur internationalen Politik einerseits durch parteistrukturelle Institutionen, wie etwa einem Bereich für internationale Politik innerhalb der Bundesgeschäftsstelle, her. Andererseits beschäftigen sich Arbeitskreise sowie Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften, wie etwa »Frieden und internationale Politik«, mit europapolitischen Fragen und forcieren diese im Diskurs innerhalb der Parteibasis.⁷⁴ Des Weiteren erschließt das »Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit« (ZID) der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, das sich als eine »linke, weltweit agierende Einrichtung der

70 Vgl. Hoffmann 2011, S. 84.

71 Ebenda.

72 Vgl. Anders 2014, S. 57.

73 Vgl. Europäisches Parlament 2019.

74 Vgl. Micus/Butzlaff 2016, S. 9; DIE LINKE 2020.

politischen Bildung«⁷⁵ mit weltweiten Auslandsbüros versteht, einen weiteren Kontext der Partei zur internationalen Politik. Vor diesen Hintergründen ist es daher sinnvoll, das Spektrum innerhalb der Frage nach den politischen Interessen 2019 mit der internationalen Ebene zu erweitern.

Die Frage nach dem individuellen Interesse für verschiedene Politikfelder wurde in der vorliegenden Studie dabei vertiefend ergänzt, um weitere Interessenschwerpunkte zu definieren und auf diesem Weg präzisere Informationen über die Befragten auf der Policy-Ebene zu erhalten. Sie erfasst das persönliche Interesse für eine Reihe von Politikfeldern⁷⁶, wie etwa Sicherheitspolitik und Sozialpolitik, und ermöglicht es, Aussagen darüber zu treffen, welche inhaltlichen Prioritäten und Affinitäten innerhalb der Mitgliederstruktur der LINKEN bestehen.

Tabelle 7: Politische Interessen nach Untersuchungsschwerpunkten und Dimensionen⁷⁷

Schwerpunkt	Allgemeines Interesse	Interesse für Politikebenen	Interesse für Politikfelder
Dimensionen	(Allgemeines Politikinteresse)		Agrarpolitik
			Außenpolitik
			Bildungspolitik
			Finanzpolitik
		Kommunalpolitik	Friedenspolitik
		Landespolitik	Gleichstellungspolitik
		Bundespolitik	Kulturpolitik
		Europapolitik	Migrationspolitik
		Weltpolitik	Rechtspolitik
			Sicherheitspolitik
			Sozialpolitik
			Umwelt- und Klimapolitik
			Wirtschaftspolitik

Abseits der Einzelauswertung vervollständigt der sozialpsychologische Ansatz mit den Interessen der Mitglieder besonders in Kombination mit den Motiven aus dem General Incentives Model, Beitrittsimpulsen und soziodemografischen Vergleichsvariablen die Gesamtschau der Mitgliederstruktur innerhalb der LINKEN. Aussagen darüber, welche politische Interessenlage etwa die Neumitglieder der Partei auszeichnet, werden hierbei ebenso ermöglicht wie die Analyse verschiedener Interessenschwerpunkte von

75 Rosa-Luxemburg-Stiftung 2018, S. 3.
76 Die Auswahl der Politikfelder erfolgte einerseits nach Schmidt 2007, S. 281 und orientiert sich zu dem an den Ressorts des Kabinetts Merkel IV sowie den Ausschüssen des Deutschen Bundestags in der 19. Wahlperiode (vgl. hierzu Abschnitt 3.2.4).
77 Der Fragestimulus bezieht sich bei allen drei Untersuchungsschwerpunkten auf das politische Interesse des Befragten. Die gegebenen Antwortoptionen für das persönliche Interesse sind in diesem Rahmen »überhaupt nicht«, »wenig«, »manchmal«, »mittel« und »stark« und »sehr stark« (vgl. hierzu Abschnitt 3.2.4).

Neumitgliedern im Vergleich zur Gesamtpartei und weiteren Variablen. Jeder Teilnehmer wurde zudem gefragt, ob er gemäß seinem Interesse in der Partei aktiv ist, wodurch nicht zuletzt Rückschlüsse auf die Parteiaktivität gezogen werden können.

Neben der Analyse der persönlichen Interessen bildet die Political Efficacy einen weiteren Bestandteil des sozialpsychologischen Ansatzes. Sie erfasst die individuelle Einschätzung des Einzelnen dazu, inwiefern er durch sein Handeln das politische System beeinflussen kann bzw. inwieweit sein Engagement effektiv die demokratische Willensbildung prägt. Dabei ist zwischen Internal Efficacy und External Efficacy zu differenzieren.⁷⁸ Erstere umfasst »die Überzeugung eines Individuums, selbst über die Fähigkeit zu verfügen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen«⁷⁹. Sie erfasst demnach selbsteinschätzend die politische Eigenkompetenz des Einzelnen. Die External Efficacy hingegen bezieht sich direkt auf das politische System, indem es den »Glauben des Individuums, dass das politische System offen für Einflüsse von außen ist und auf diese auch reagiert«⁸⁰ misst. Das Konzept der Political Efficacy bildet folglich einen Kernbaustein in der Legitimationsanalyse demokratischer Systeme, da es einerseits die – subjektiv wahrgenommene – politische Kompetenz der Bürger misst und gleichzeitig deren Vertrauen in die Aufnahmefähigkeit und Offenheit des politischen Systems beleuchtet.⁸¹ Deutlich wird dieses Ziel mit einem Blick auf die Operationalisierung der Political Efficacy im Fragebogen: Es gilt, insgesamt vier Aussagen auf einer 5-stufigen Likertskala mit den Polen »stimme überhaupt nicht zu« und »stimme voll und ganz zu« zu beantworten. Die ersten beiden Aussagen »Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen« und »Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht« erfassen die Internal Efficacy, d.h. die Selbsteinschätzung der eigenen politischen Kompetenz. Die anderen beiden Aussagen – »Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung« und »Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht« – beschreiben hingegen die External Efficacy des Befragten, d.h. seine Einschätzung zur Offenheit des politischen Systems gegenüber externen Einflüssen und seinem eigenen Wirken.⁸²

3.2.3 Grundsätzliche Hypothesen

Mit Blick auf die in diesem Abschnitt dargestellten theoretischen Grundlagen können – ähnlich wie bereits für Komplex I – einige grundlegenden Hypothesen in Bezug auf DIE LINKE ausgearbeitet werden. So kann zunächst mit Bezug auf die Beitrittsmotivationen und Impulse eine Reihe von erwartungsgemäßen Resultaten erläutert werden:

H14 Hinsichtlich der Rangfolge ihrer Relevanz für den Parteieintritt in DIE LINKE blieben die unterschiedlichen Motivkomplexe zwischen 1998 und 2009 abseits weniger Verschiebungen konstant: So bilden kollektiv-politische Anreize den wichtigsten

78 Vgl. Balch 1974, S. 31; Hoffmann 2011, S. 86.

79 Hoffmann 2011, S. 86.

80 Ebenda, S. 86f.

81 Vgl. Sulitzeanu-Kenan/Halperin 2013, S. 298.

82 Vgl. Hoffmann 2011, S. 87.

Motivkomplex, gefolgt von altruistischen, expressiven und selektiv-prozessbezogenen Motivationen. Weniger relevant sind hingegen in absteigender Reihenfolge ideologische, normative und selektiv-ergebnisbezogene Anreize.⁸³ Vor dem Hintergrund dieses konstanten Befunds ist davon auszugehen, dass die grundlegende Rangfolge der Motivkomplexe auch 2019 unverändert bleibt.

- H15 Es ist davon auszugehen, dass besonders selektive Anreize, d.h. jene Motive, die persönliche Vorteile innerhalb und als Ergebnis der Parteiarbeit beschreiben, Katalysatoren für ein höheres Aktivitätsniveau des Mitglieds darstellen.
- H16 Hinsichtlich des Einflusses soziodemografischer Faktoren auf einzelne Motivkomplexe sollten die Neueintritte zwischen 2014 und 2019 eine im Vergleich zur Gesamtpartei homogenere Gruppe darstellen. Für die Gesamtpartei ist folglich eine größere Heterogenität zu erwarten, die nicht zuletzt aus motivationalen Unterschieden zwischen ost- und westdeutschen Parteimitgliedern entstehen könnte. So ist etwa besonders davon auszugehen, dass normative Anreize – der Einfluss des persönlichen Umfelds – für ein Mitglied mit SED-Vergangenheit eine andere Relevanz besitzt als für einen Gewerkschafter aus den Reihen der ehemaligen WASG.
- H17 Neben politischen Wahlen als parteiunabhängig effizienter Impuls für Neueintritte⁸⁴ sollten vor allem Krisenereignisse, Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik und Protest ausschlaggebende Faktoren für einen Eintritt in DIE LINKE als Oppositionspartei darstellen.
- H18 Es ist davon auszugehen, dass eine kritische Haltung gegenüber dem Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine wesentliche impulsgebende Kraft für den Eintritt in eine Partei begründet, die sich in der Tradition sozialistischer Lehre sieht.
- H19 Die Beitrittsimpulse sollten durch eine ausgeprägte Diversität grundlegend die Heterogenität der LINKEN als Sammelbecken für zahlreiche Strömungen des linken Spektrums⁸⁵ widerspiegeln.
- H20 Es ist naheliegend, dass Unzufriedenheit mit anderen Parteien des linken Spektrums – insbesondere SPD und Grüne – einen Beitrittsimpuls für DIE LINKE darstellt.
- H21 Die Abgrenzung von rechten Parteien und Bewegungen sowie die Zusammenarbeit mit antifaschistischen Bündnissen stellt ein wesentliches Anliegen im Selbstverständnis der LINKEN dar.⁸⁶ Daher ist anzunehmen, dass die elektoralen Erfolge der AfD im Zuge der Migrationskrise von 2015 ab der zweiten Hälfte der 2010er einen gewichtigen Beitrittsimpuls forcieren.

Ferner können weitere Hypothesen ausgehend von den theoretischen Erläuterungen zum sozialpsychologischen Ansatz formuliert werden:

83 Vgl. Laux 2011a, S. 65.

84 Vgl. Laux 2011b, S. 74.

85 Vgl. hierzu Abschnitt 2.1.

86 Vgl. DIE LINKE 2022.

- H22** Es ist davon auszugehen, dass sich die Mitglieder der LINKEN vor allem durch einen Interessenschwerpunkt für die Kern-Politikfelder der Sozialpolitik (Soziale Gerechtigkeit) und Außenpolitik (Frieden) auszeichnen.
- H23** Vor dem Hintergrund des Klimawandels erfolgte besonders in den 2010er Jahren die Ausprägung eines ökologischen Schwerpunkts innerhalb der politischen Forderungen der LINKEN (»Klimagerechtigkeit«⁸⁷). Überdies rückte die angespannte Flüchtlingssituation von 2015 im Zuge des syrischen Bürgerkriegs migrationspolitische Fragen in den Fokus des gesellschaftlichen Diskurses. Beide Politikfelder könnten sich daher in den Interessen der LINKEN-Neumitglieder widerspiegeln.
- H24** Ausgehend von den Erkenntnissen der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 ist zu erwarten, dass die Parteimitglieder noch vor Bundes- und Landespolitik vor allem für die Kommunalpolitik einen Interessenschwerpunkt ausprägen.⁸⁸
- H25** Es ist naheliegend, dass die Mitglieder der LINKEN sich vor allem dort durch ein verstärktes kommunalpolitisches Interesse auszeichnen, wo die Partei lokal elektorale Erfolge erreichen kann, d.h. maßgeblich in den ostdeutschen Landesverbänden.
- H26** Ausgehend von den Befunden der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 ist davon auszugehen, dass Parteimitglieder durch eine im Vergleich zur Bevölkerung größer ausgeprägte Internal und External Efficacy charakterisiert werden können.⁸⁹

3.2.4 Operationalisierung

Komplex II spiegelt sich im Fragebogen zunächst in den Fragen 9 und 10 wider, in denen Beitrittsmotive und Beitrittsimpulse aus Abschnitt 3.2.1 erhoben werden (Tab. 8).

Frage 9 beinhaltet die ordinale Erhebung der Beitrittsmotive. Alle Beitrittsmotive wurden mithilfe einer 5-stufigen Likertskala innerhalb einer Itembatterie erfasst, wodurch dem Befragten ermöglicht wurde, die neutrale Antwortoption »teils-teils« zu wählen. Da bei einer derart großen Itembatterie durchaus die Gefahr besteht, dass einzelne Personen schnell nach einem bestimmten Muster antworten und es so zu einer Verzerrung der Messergebnisse kommen kann, wurden die einzelnen Motive zudem in ihrer Reihenfolge vermischt, um den Messfehler zu minimieren. Ebenso werden durch die Durchmischung Rückschlüsse des Befragten auf die Motivkategorien bzw. Motivkomplexe erschwert. Items, die einem gemeinsamen Motivkomplex angehören (vgl. Tab. 6 in Abschnitt 3.2.1), bilden über ihren Mittelwert jeweils einen Indexwert x_I , der Werte zwischen 0 und 4 ($0 \leq x_I \leq 4$) annehmen kann.⁹⁰ Frage 10 enthält die Erhebung des Bei-

87 DIE LINKE 2021a.

88 Vgl. Hoffmann 2011, S. 85f.

89 Vgl. ebenda, S. 87.

90 Der Mittelwert wird hierbei – wie an anderen Stellen der Arbeit, in denen das ordinale Skalenniveau in numerische Werte »übersetzt« wird – durch die Kodierung erreicht. Den Antwortoptionen werden zunächst entweder Werte zwischen 0 und $n-1$ oder zwischen 1 und n zugeordnet, wobei n durch die Anzahl der vorhandenen Antwortoptionen definiert sei. Im Fall der Beitrittsmotive bilden die Antwortoptionen eine 5-stufige Skala, wodurch der niedrige Pol (»überhaupt nicht wichtig«) den Wert 0 und der hohe Pol (»sehr wichtig«) den Wert 4 erhält. Die Mittelwerte

trittsimpulses. Im Gegensatz zu den Motivkomplexen von Frage 9 wurde dieser nicht in einer geschlossenen Fragestellung mit konkreten Antwortmöglichkeiten erfasst, sondern mithilfe einer offenen Frage zunächst qualitativ erhoben, sodass die Beitrittsimpulse anschließend in der Auswertung durch Clusterbildung quantifiziert werden müssen. Durch die aufwendige Analyse offener Fragestellungen entsteht ein höherer Arbeitsaufwand, jedoch kann auf diese Art und Weise sichergestellt werden, dass individuelle Beitrittsmotive mit einer sehr hohen Präzision erfasst werden: Zwar werden die Antworten ungeachtet ihrer Länge in der späteren Analyse in Kategorien zusammengeführt, einige exemplarische Beispiele können aber im jeweiligen Auswertungskapitel eingesehen werden.

Die Fragen 11 bis 14 sowie Item 7 der Frage 7⁹¹ beinhalteten den in Abschnitt 3.2.2 erläuterten sozialpsychologischen Ansatz durch die Erhebung der persönlichen politischen Interessen (Tab. 9). Dabei wurde das allgemeine politische Interesse in Frage 8 zunächst einzeln erhoben, wobei der Befragte die Möglichkeit hatte, auf einer 5-stufigen Likertskala mit »überhaupt nicht« bis »sehr stark« zu antworten. Angelehnt an die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 (und mit den Erweiterungen aus Abschnitt 3.2.2) sollte anschließend in der Itembatterie von Frage 12 das politische Interesse für die Kommunalebene, die Landespolitik in Sachsen, die Bundesebene sowie das Interesse für Europa- und Weltpolitik mit der gleichen Skala bewertet werden. Frage 13 stellt in der Erhebung der persönlichen Interessen den umfangreichsten Teil dar und umfasst die Beurteilung nach 14 Politikfeldern, die ausgewählt wurden, um ein möglichst breites Policy-Spektrum abzufragen. Auch in dieser Itembatterie hatten die Studienteilnehmer die Möglichkeit »überhaupt nicht« bis »sehr stark« anzukreuzen. Die Aussage »Ich bin entsprechend meiner Interessen in der Partei aktiv« aus Frage 7 markiert schließlich den Abschluss des Interessen-Moduls im sozialpsychologischen Ansatz. Auf einer 11-stufigen Skala konnte der Befragte dabei zwischen den Polen »stimme überhaupt nicht zu« und »stimme voll und ganz zu« wählen. Wie bei allen anderen Fragen aus Tabelle 9 liegt auch hier ein ordinales Messniveau vor.

Die Messung der Political Efficacy (Frage 14) erfolgt über eine Itembatterie mit verschiedenen Einzelaussagen (Tab. 10). Dabei bilden zunächst die vier – bereits in Abschnitt 3.2.2 besprochenen Items – in Frage 14 zwei Indizes, die sich jeweils aus den Mittelwerten der Items 1 und 2 (Internal Efficacy) sowie den Items 3 und 4 (External Efficacy) ermitteln lassen und Werte zwischen 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) und 5 (»stimme voll und ganz zu«) annehmen können. Das jeweils zweite Item – d.h. Aussage 2 und 4 – wurde ebenso wie in der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 umgepolt, um schnelles Ankreuzen zu verhindern und so genauere Messergebnisse zu erreichen.⁹²

aller betrachteten Fälle für jedes einzelne Item können anschließend – je nach ihrer jeweiligen Zugehörigkeit zu einem Motivkomplex – summiert und durch ihre Anzahl geteilt werden, woraus sich schließlich der Wert des Index ergibt. So ergibt sich etwa der Indexwert des Motivkomplexes »Ideologische Anreize« aus dem Mittelwert der beiden Items 7 und 13 (vgl. Tab. 6 u. Tab. 8).

91 Frage 7 enthält insgesamt acht Items, die verschiedene Aussagen zur Partei DIE LINKE enthalten. Diese werden unterschiedlichen Abschnitten der vorliegenden Arbeit zugeordnet, wodurch der Bezug zu dieser Frage in mehreren Abschnitten zur Operationalisierung hergestellt wird.

92 Vgl. Hoffmann 2011, S. 87.

Tabelle 8: Komplex II: General Incentives Model und Beitrittsimpulse. Operationalisierung im Fragebogen

Nr.	Fragestimulus	Fragetyp / Items	Antwortoptionen
9	Die Entscheidung zum Eintritt in eine bestimmte Partei kann verschiedene Gründe haben. Warum bist du der Partei DIE LINKE beigetreten? Bitte gib an, inwieweit die folgenden Motive und Einflüsse für deine persönliche Eintrittsentscheidung wichtig waren.	Auswahlfragen / Itembatterie (5-stufige Skala)	
		Items:	
		I. Aus Spaß an der politischen Arbeit II. Wegen des Einflusses von Familie und Freunden III. Aus Interesse an einem öffentlichen Mandat (z. B. Stadtrat, Landtag) IV. Um mich besser über Politik zu informieren V. Um mich für die Ziele der Partei einzusetzen VI. Um meiner Verantwortung als Bürger*in nachzukommen VII. Um den politischen Kurs der Partei zu beeinflussen VIII. Wegen einer beeindruckenden Persönlichkeit an der Partei-spitze IX. Aus Interesse an einem Parteiamt (z. B. Ortsvorstand, Landesvorstand) X. Um meine Sympathie für die Partei zu zeigen XI. Um mit netten Leuten zusammenzukommen XII. Um mich für sozialistische Ideale in der Politik einzusetzen XIII. Um einen bestimmten Flügel der Partei zu stärken XIV. Um berufliche Vorteile zu erlangen (z. B. durch nützliche Kontakte) XV. Um den Einfluss der Partei zu stärken XVI. Aus Protest gegenüber den anderen Parteien XVII. Zur Weiterbildung meines politischen Sachverständs	☐ überhaupt nicht wichtig ☐ weniger wichtig ☐ teils-teils ☐ wichtig ☐ sehr wichtig ☐ keine Angabe
10	Wenn du dich an deinen Beitritt zur Partei erinnerst: Gab es einen besonderen konkreten Anlass oder Auslöser, der dich zu diesem Schritt bewogen hat?	Frage mit Freitextfeld	Freitextantwort (altern. »keine Angabe«)

Tabelle 9: Komplex II: Sozialpsychologischer Ansatz – Interessen. Operationalisierung im Fragebogen

Nr.	Fragestimulus	Frageotyp/Items	Antwortoptionen
11	Einmal ganz allgemein gefragt: Wie stark interessierst du dich für Politik?	Auswahlfrage (5-stufige Skala)	○ überhaupt nicht ○ wenig ○ mittel ○ stark ○ sehr stark ○ keine Angabe
		Auswahlfragen/Itembatterie (5-stufige Skala)	
		<u>Items:</u>	○ überhaupt nicht
12	Politik findet auf unterschiedlichen Ebenen statt. Wie stark ist dein persönliches Interesse an...	I. Kommunalpolitik (z.B. Heimatort/ Kreis) II. Landespolitik III. Bundespolitik IV. Europapolitik V. Weltpolitik	○ wenig ○ mittel ○ stark ○ sehr stark ○ keine Angabe
		Auswahlfragen/Itembatterie (5-stufige Skala)	
		<u>Items:</u>	
		I. Agrarpolitik II. Außenpolitik III. Bildungspolitik IV. Energiepolitik V. Finanzpolitik VI. Friedenspolitik VII. Gleichstellungspolitik VIII. Kulturpolitik IX. Migrationspolitik X. Rechtspolitik XI. Sicherheitspolitik XII. Sozialpolitik XIII. Umwelt- und Klimapolitik XIV. Wirtschaftspolitik	○ überhaupt nicht ○ wenig ○ mittel ○ stark ○ sehr stark ○ keine Angabe
13	Politische Themen lassen sich bestimmten Politikfeldern zuordnen (z.B. Umweltpolitik, Bildungspolitik). Wie stark ist dein persönliches Interesse an den folgenden Politikfeldern?		

Nr.	Fragestimulus	Fragetyp/Items	Antwortoptionen
7	Inwiefern treffen die folgenden Aussagen deiner Meinung nach auf DIE LINKE zu?	Auswahlfrage/(Itembatterie) (11-stufige Skala)	trifft überhaupt nicht zu
		Item: Ich bin entsprechend meiner Interessen in der Partei aktiv.	[...] trifft voll und ganz zu

Tabelle 10: Komplex II: Sozialpsychologischer Ansatz – Political Efficacy. Operationalisierung im Fragebogen

Nr.	Fragestimulus	Fragetyp / Items	Antwortoptionen
14	Es folgt eine Reihe von Aussagen. Bitte gib an, ob du ihnen voll und ganz zustimmst, eher zustimmst, teils-teils zustimmst, eher nicht zustimmst oder überhaupt nicht zustimmst.	Auswahlfrage / Itembatterie (5-stufige Skala) Items: I. Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen. II. Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht. III. Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung. IV. Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	stimme überhaupt nicht zu stimme eher nicht zu stimme teils-teils zu stimme eher zu stimme voll und ganz zu keine Angabe

3.3 Komplex III: Politische Einstellungen

3.3.1 Auswahl der Untersuchungskriterien

Nachdem sich die Komplexe I und II mit der Soziodemografie und den Einflüssen auf den Parteibeitritt beschäftigt haben, stellt Komplex III ausgewählte politische Einstellungsfragen in den Vordergrund, um das Gesamtbild der Mitgliederstruktur innerhalb der LINKEN zu vervollständigen. Politische Einstellungen und Orientierungen umfänglich zu erfassen, stellt jedoch aufgrund der Vielzahl möglicher Untersuchungsdimensionen eine Herausforderung dar. So ist es bereits sehr aufwendig, etwa bei politischen Wahlen ein allumfassendes Bild über die Einstellungen der aufgestellten Kandidaten zu

gewinnen.⁹³ Im gesamtgesellschaftlichen Kontext aggregieren demokratische Parteien Interessen und transformieren die Einstellungen und Meinungsbilder der Bevölkerung in politische Positionen und Wahlalternativen.⁹⁴ Indem sie die Vielfalt politischer Positionen und Einstellungen auf nur wenige Wahlalternativen konzentrieren, helfen Parteien dabei, die Wahlentscheidung des Bürgers zu erleichtern:

»Es ist für den Wähler viel einfacher zu sagen, welche Partei einem selbst politisch nahe steht und sich für die eigenen Interessen einsetzt. Parteien sind in unserer Form der Demokratie damit eine zentrale Institution, um die Wahlentscheidung der Bürger zu erleichtern.«⁹⁵

Mit der Bündelung verschiedener politischer Einstellungen bildet eine einzelne Partei in der Folge selbst ein ganzes Positionsspektrum ab. Zwar können Parteien im politischen Raum, etwa auf einer – stark vereinfachenden – eindimensionalen Links-Rechts-Achse, eingeordnet werden, diese gibt jedoch nur eine grobe Orientierung zur politischen Ausrichtung einer einzelnen Partei.⁹⁶ Das parteiinterne Spektrum an Positionen und Einstellungen kann höchst heterogene Ausprägungen annehmen, wie etwa die Existenz von Flügeln in allen Bundestagsparteien belegt.

An dieser Stelle weicht die Mitgliederbefragung 2019 von der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009, welche sich hinsichtlich politischer Einstellungen ausschließlich mit der Verortung der Parteimitglieder im politischen Raum beschäftigt, ab. Die in der Mitgliederbefragung 2019 gestellten Fragen orientieren sich hingegen verstärkt an Bevölkerungsumfragen, wie etwa der ALLBUS, um auf diesem Weg eine Vergleichbarkeit zwischen den Parteimitgliedern und der Gesamtbevölkerung herstellen zu können und gleichzeitig ein umfassenderes Bild der politischen Einstellungen zu erzeugen.

Dafür gliedern sich die Fragenmodule in drei Teilbereiche bzw. Untersuchungsfelder (Tab. 11). Diese werden in den nachfolgenden Abschnitten erläutert.

Tabelle 11: Einstellungen der LINKEN-Mitglieder. Untersuchungsfelder

Untersuchungsfeld	Schwerpunkte
Politischer Raum und Wertvorstellungen (Abschnitt 3.3.2)	Verortung der Mitglieder im zweidimensionalen politischen Raum Verortung der Einstellungen nach materialistischen/postmaterialistischen Prioritäten
Politisches System und Vertrauen (Abschnitt 3.3.3)	Institutionenvertrauen Demokratiezufriedenheit
Partei DIE LINKE (Abschnitt 3.3.4)	Organisationsverständnis und Responsivität Koalitionsbereitschaft mit anderen Parteien Innerparteiliche Kontroversen

93 Vgl. Spier 2011b, S. 121.

94 Vgl. ebenda, S. 121f; Schmidt 2007, S. 83; Alemann/Erbentraut/Walther 2018, S. 241f.

95 Spier 2011b, S. 122.

96 Vgl. ebenda, S. 124.

3.3.2 Politischer Raum und Wertvorstellungen

Politische Positionen können sich in zahlreichen (Policy-)Dimensionen entfalten. Ausgehend von einer Vielzahl verschiedener Sachfragen, etwa zu Sicherheitspolitik, Sozialpolitik und anderen Politikfeldern, ist eine Reduktion dieser Komplexität für die wissenschaftliche Analyse unabdingbar. Hierbei helfen Raummodelle. Diese wurden ursprünglich in einem ökonomischen Kontext angewandt und erstmals von Downs⁹⁷ mit politikwissenschaftlichen Problemstellungen in Verbindung gebracht. Die Modellierung der Politikräume nach Downs definiert dabei Zahlenräume, in denen jede Zahl durch eine politische Position interpretiert werden kann.⁹⁸

Das wohl verbreitetste Modell stellt die Skalierung des politischen Raumes als eindimensionale Links-Rechts-Achse dar.⁹⁹ Die Historie dieses Raummodells reicht dabei bis zur Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts zurück, als sich in der französischen Nationalversammlung konservativ/monarchische und progressive Deputierte jeweils rechts bzw. links im Plenum gegenübermaßen.¹⁰⁰ Im modernen wissenschaftlichen Kontext variiert die Bedeutung der Achse je nach Forschungsfrage und kann entweder als allgemeiner politischer Raum oder durch einen seiner Teilaspekte – etwa ein konkretes Politikfeld – definiert werden.¹⁰¹ Wird sie als allgemeiner politischer Raum definiert, so hat sich jedoch bis heute die historische Einordnung politischer Positionen durchgesetzt, obgleich neue Aspekte ergänzt wurden:

»Dabei steht links inzwischen nicht nur für progressive, auf Wandel gerichtete Positionen, sondern in ökonomischer Hinsicht auch für eine stärkere Betonung egalitärer Positionen, etwa im Sinne von sozialer Umverteilung und Sozialstaatlichkeit. Rechts hingegen bedeutet nicht nur die Bewahrung des *status quo*, sondern impliziert in ökonomischer Hinsicht auch, dass man für die Betonung des Leistungsgedanken, für freie Marktwirtschaft und gegen gesellschaftliche Umverteilung eintritt.«¹⁰²

Die Frage, wo sich Parteimitglieder auf einer solchen Links-Rechts-Achse einordnen würden, ist bei Spier 2011b vor allem Grundlage für den Vergleich mehrerer Parteien, bei dem sich – wenig überraschend – die Mitglieder der LINKEN im Vergleich zu jenen der anderen untersuchten Parteien am weitesten links eingeordnet haben.¹⁰³ Da sich die Mitgliederbefragung 2019 jedoch ausschließlich mit der Partei DIE LINKE auseinandersetzt, ist zumindest der »klassische« eindimensionale Raum von eher geringem Interesse für die Forschungsfrage. Darüber hinaus stellt die Links-Rechts-Achse eine so starke Vereinfachung des Politikraums dar¹⁰⁴, dass differenziertere Analysen durch

97 Vgl. Downs 1957.

98 Vgl. Linhart 2014, S. 14; Merrill III/Grofman 1999, S. 19.

99 Vgl. Backes 1989, S. 248.

100 Vgl. ebenda; Spier 2011b, S. 123f.

101 Vgl. Linhart 2014, S. 14.

102 Spier 2011b, S. 124.

103 Vgl. ebenda, S. 123–131.

104 Vgl. ebenda, S. 124; Backes 1989, S. 251.

dieses Modell kaum gewährleistet werden können. Unterschiede in verschiedenen Politikbereichen bleiben nicht ersichtlich:

»Eine Person kann in sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht ›rechts‹ sein, also etwa für freie Marktwirtschaft eintreten, in gesellschaftspolitischer Hinsicht aber eher ›links‹ sein, etwa für die Freiheiten und Rechte von Minderheiten eintreten. Und umgekehrt.«¹⁰⁵

Um diese Kontraste darzustellen, sind mehrdimensionale Modelle notwendig¹⁰⁶, da sie in der Regel die Komplexität weniger stark auf Kosten des Informationsgewinns reduzieren. Die Bandbreite unterschiedlicher Modelle mit ihren jeweiligen Unterkonfigurationen und der Anzahl betrachteter Dimensionen ist dabei sehr groß.¹⁰⁷ Sie findet ihren Anfang in der Erweiterung der eindimensionalen Skalierung durch eine weitere Untersuchungsebene bzw. der Krümmung des eindimensionalen Raumes.¹⁰⁸

Die Mitgliederbefragung 2019 stützt sich auf ein zweidimensionales Modell, welches auch bei Spier 2011b zur Einordnung politischer Einstellungen von Parteimitgliedern verwendet wurde (Abb. 5). Dieses unterscheidet anhand verschiedener Sachfragen zu politischen Themen (vgl. dazu Operationalisierung in Abschnitt 3.3.6) zwischen wirtschafts-/sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Positionierungen bzw. der sozioökonomischen und soziokulturellen Dimension.¹⁰⁹ Im Gegensatz zu einer eindimensionalen Modellierung wird durch diese Unterteilung ein differenzierteres Bild mit höherem Informationsgewinn erzeugt. Die sozioökonomische Dimension spiegelt dabei die Konfliktlinie »Arbeit versus Kapital« (vgl. Abschnitt 3.1.1) in seiner modernen Ausprägung als bipolaren Zwiespalt zwischen »Marktfreiheit« und »sozialer Gerechtigkeit« wider. Zentral ist maßgeblich die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands. Der Pol »Marktfreiheit« ist dabei durch einen schlanken Staat definiert, der lediglich den ordnungspolitischen Rahmen der Gesellschaft darstellt und sich weitestgehend aus der Wohlstandsverteilung durch den Markt zurückzieht. »Soziale Gerechtigkeit« meint hingegen eine breite wohlfahrtsstaatliche Absicherungspolitik und die Umverteilung des Wohlstands durch den Staat mittels beträchtlicher Eingriffe in den Markt.¹¹⁰

105 Spier 2011b, S. 124.

106 Vgl. ebenda, S. 131f; Linhart 2014, S. 21.

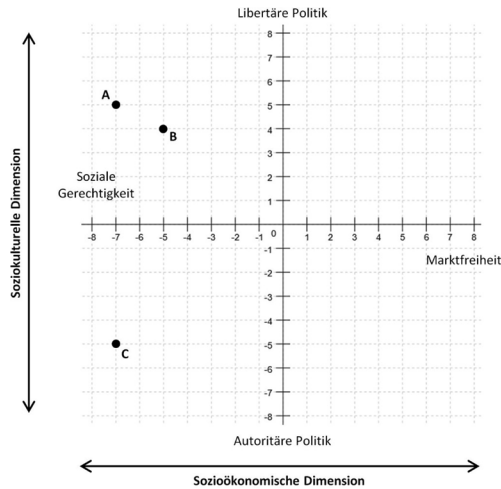
107 Vgl. Linhart 2014, S. 21–27.

108 Beispielhaft hierfür ist etwa das »Hufeisen-Schema« nach Jean Pierre Faye, welches er in seinem Werk über totalitäre Sprachen (*Langages totalitaires. Critique de la raison/l'économie narrative*) von 1972 wissenschaftlich ausformulierte. Dieses Modell zum Vergleich von Parteien und politischen Gruppierungen fügt der eindimensionalen Links-Rechts-Achse ein weiteres Unterscheidungsmerkmal hinzu: Indem die Programmatik der untersuchten Parteien auch darauf geprüft wird, ob sie im Sinne der herrschende Verfassung dichotom als »gemäßigt« oder »extremistisch« eingestuft werden kann, wird die Links-Rechts-Achse – bildlich – zu einer Hufeisenform gekrümmt. Dabei bilden die Pole jeweils den links- bzw. rechtsextremistischen Teil des politischen Raumes und das Mittelstück die des gemäßigten (vgl. Backes 1989, S. 251–254). Weitere frühe zweidimensionale Modelle finden sich bei Eysenck 1968; Klingemann/Pappi 1972; Lipset/Raab 1978.

109 Vgl. Spier 2011b, S. 131f; Kitschelt 1994; Kitschelt 1995.

110 Vgl. Spier 2011b, S. 132.

Abbildung 5: Zweidimensionaler politischer Raum



Eigene Darstellung nach Spier 2011b, S. 132f.¹¹¹

Die soziokulturelle Dimension bringt hingegen das gegensätzliche Verhältnis von »libertärer« und »autoritärer« Politik zum Ausdruck. Im Mittelpunkt stehen gesellschaftspolitische Fragestellungen, etwa inwieweit der Staat in das Privatleben eingreifen darf und inwiefern Bürger in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten. Zugespitzt umfasst die soziokulturelle Dimension die Bedeutung von persönlicher Freiheit und politischer Teilhabe innerhalb politischer Programmatiken. Libertäre Positionen stehen für eine weitreichende Bürgerbeteiligung sowie den Schutz von Minderheiten – etwa Asylbewerber – und Bürgerrechten, die den staatlichen Eingriff in die gesellschaftliche Ebene beschränken. Autoritäre Positionen beschreiben im Gegensatz dazu hierarchische Entscheidungsprozesse ohne direkte Beteiligung der Bürger sowie die Ausgestaltung der Sicherheitspolitik nach dem Prinzip »law and order«.¹¹²

Anders als auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Achse, bei der sich die politische Position auf einen bestimmten Zahlenwert (bspw. »0« = linke Positionierung, »10« = rechte Positionierung) oder einen Zahlenbereich beschränkt, bildet das beschriebene zweidimensionale Modell – wie in Abbildung 5 – ein rechtwinkliges Koordinatensystem, in dem die Positionsbestimmung durch das kartesische Produkt der beiden Messungen für die sozioökonomische (SÖ) bzw. für die soziokulturelle Dimension (SK) erfolgt:¹¹³

$$SÖ \times SK = \{(x,y)|x \in SÖ,y \in SK\}$$

¹¹¹ Die Achsenskalierung und die eingezeichneten Punkte in der Abbildung sind fiktive Beispiele.

¹¹² Vgl. ebenda.

¹¹³ Für die Messung der politischen Positionen wurden die Teilnehmer mit einer Reihe politischer Aussagen konfrontiert. Anhand von Zustimmung oder Ablehnung kann auf diesem Weg ein genauer Wert für die Position des Befragten auf beiden Achsen des Koordinatensystems bestimmt werden. Eine detaillierte Ausführung zu den einzelnen Items im Fragebogen und zur Positionsbestimmung erfolgt im Abschnitt 3.3.6.

Im Beispiel würde somit die Position des Punktes A, der etwa durch einen einzelnen Befragten definiert sein könnte, durch

$$S\ddot{O}_A \times SK_A = (-7;5)$$

bestimmt werden. Neben der Positionsbestimmung einzelner Punkte bietet das Modell zudem die Option des Vergleichs über die euklidische Distanz d zwischen verschiedenen Punkten im zweidimensionalen Raum. Diese ist für die Forschungsfrage insofern relevant, als durch sie die Möglichkeit eröffnet wird, Unterschiede zwischen der Gruppe der Neumitglieder und der Gesamtpartei zu ermitteln. Am Beispiel der Punkte A und B in Abbildung 5 würde sich demnach die Distanz durch

$$d_{(A,B)} = \sqrt{(x_B - x_A)^2 + (y_B - y_A)^2} = \sqrt{((-5 - (-7))^2 + (4 - 5)^2)} = 2,24LE$$

berechnen lassen.¹¹⁴ Die euklidische Distanz kann jedoch nicht als alleinstehender Indikator für die Ähnlichkeit bzw. Unähnlichkeit verschiedener Positionen verstanden werden. So ist in Abbildung 5 unschwer zu erkennen, dass zwischen Punkten A und C eine größere Distanz besteht als zwischen A und B. Diese wird jedoch ausschließlich durch den Unterschied innerhalb der soziokulturellen Dimension erzeugt. In der sozioökonomischen Dimension besitzen A und C den gleichen Wert. Die euklidische Distanz gibt zwar Aufschluss darüber, wie weit zwei Punkte im politischen Raum voneinander entfernt sind, nicht jedoch darüber, in welchen Quadranten sich die Punkte befinden. Eine Interpretation der einzelnen Positionen über den bloßen Distanzwert hinaus ist daher in der Auswertung erforderlich.

Neben der Einordnung politischer Einstellungen im zweidimensionalen Raum können Politikziele vor dem Hintergrund materialistischer und postmaterialistischer Wertorientierungen betrachtet werden. Ausgehend von der These Ronald Ingleharts, in der westlichen Welt vollziehe sich ein Wertewandel zugunsten postmaterialistischer Werte¹¹⁵, ist es naheliegend, auch die individuellen Prioritäten der LINKEN-Mitglieder mit Blick auf diese Analysedimension zu untersuchen. Materialistische Werte sind dabei als solche definiert, die auf wirtschaftliche und physische Absicherung abzielen, postmaterialistische Werte unterstreichen hingegen die persönliche Entfaltung, Selbstverwirklichung und Lebensqualität.¹¹⁶ Auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext ist eine Datenanalyse vor dem Hintergrund der Inglehart-These relevant. So hängt die Legitimation eines demokratischen Systems von den politischen Präferenzen bzw. Prioritäten der Gesellschaft ab: Während für Postmaterialisten die Inputlegitimation des Systems durch politische Teilhabe und freie Entfaltung eine tragende Rolle spielt, messen Materialisten der Outputlegitimation über Wohlstand und Sicherheit eine größere Bedeutung zu.¹¹⁷ Es wundert daher nicht, dass die Messung des Materialismus-Postmaterialismus-Index (oder Inglehart-Index) seit den 1980er Jahren Bestandteil zahlreicher sozialwissenschaftlicher Erhebungen, wie etwa Eurobarometer-Studien und ALLBUS, ist.¹¹⁸

114 Vgl. Backhaus et al. 2018, S. 450.

115 Vgl. Inglehart 1977.

116 Vgl. Kaina/Deutsch 2006, S. 157.

117 Vgl. Mannewitz 2015, S. 225.

118 Vgl. Bauer-Kaase/Kaase 1998, S. 258; Mannewitz 2015, S. 225.

Die Messung erfolgt weitestgehend über ein standardisiertes Verfahren (vgl. Abschnitt 3.3.6) – vorteilhaft, da so eine studienübergreifende Vergleichbarkeit hergestellt wird. Aus vier möglichen Politikzielen – zwei materialistischen (A und C) sowie zwei postmaterialistischen (B und D) – soll von den Studienteilnehmern je nach persönlicher Präferenz das Ziel mit der höchsten und der zweithöchsten Priorität gewählt werden¹¹⁹:

- A) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land
- B) Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung
- C) Kampf gegen steigende Preise (Inflationsbekämpfung)
- D) Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung

Je nach gewählten Antworten und Priorität kann nun der einzelne Befragte durch einen Auswertungsschlüssel (Tab. 12) einem bestimmten Ideal- oder Mischtyp zugeordnet werden. Werden jeweils zwei materialistische oder postmaterialistische Ziele gewählt, so entspricht dies einem der beiden Idealtypen, erfolgt die Auswahl hingegen gemischt, ist die erste Priorität für die Zuordnung zu einem der beiden Mischtypen entscheidend¹²⁰.

Tabelle 12: Inglehart-Index – Typologie. Eigene Darstellung nach Bauer-Kaase/Kaase 1998, S. 258f.

Typus	Wichtigstes Ziel (höchste Priorität)	Zweitwichtigstes Ziel (zweithöchste Priorität)
Materialist	A	C
	C	A
Materialistischer Mischtyp	A oder C	B oder D
Postmaterialistischer Mischtyp	B oder D	A oder C
Postmaterialist	B	D
	D	B

Die daraus resultierende Typologie lässt Rückschlüsse zu, wie sich die Mitgliederstruktur der LINKEN gegenüber materialistischen und postmaterialistischen Werten positioniert und ob sie in der Gesamtschau weitgehend homogene Prioritäten vertritt, oder ob Unterschiede zwischen einzelnen soziodemografischen Gruppen bestehen.

3.3.3 Politisches System und Vertrauen

Wie stehen die Mitglieder der Partei DIE LINKE dem politischen System und seinen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber? Bereits Almond und Verba

119 Vgl. ebenda; Eine leicht abweichende Vorgehensweise findet sich zudem bei Hagstotz 1985: Anstatt einer Rangliste mit den ersten beiden Prioritäten, werden die drei ersten Prioritäten abgefragt. Die Auswertung erfolgt jedoch nach einem ähnlichen Muster.

120 Vgl. Bauer-Kaase/Kaase 1998, S. 258f.

erkannten in ihrer Studie zur »Civic Culture« die Bedeutung von (demokratischen) Institutionen für die Stabilität eines politischen Systems.¹²¹ Es scheint wenig überraschend, dass sich zahlreiche Konzepte zur politischen Kulturforschung mit der tragenden Rolle von Institutionen – und dem damit verbundenen Vertrauen der Bürger in diese – auseinandersetzen.¹²² Das Vertrauen in die Strukturen des politischen Systems ist von grundlegender Relevanz für einen funktionierenden demokratischen Verfassungsstaat:

»Ob es nun Voraussetzung für störungsfreie institutionelle Abläufe, ob es deren Folge oder ob es – was am plausibelsten erscheint – beides ist, jedenfalls finden wir einen stabilen Zusammenhang: Geringes Vertrauen in und Schwäche von Institutionen gehen Hand in Hand.«¹²³

Ausgehend von der luhmannschen Definition des Vertrauensbegriffs als eine »Reduktion von Komplexität«¹²⁴, stellt Vertrauen einen Schlüsselfaktor und Garant für die Handlungsfähigkeit und Legitimität politischer Systeme dar: In einer komplexen Umwelt, in der Individuen häufig nur über unvollständige Informationen zu konkreten Themen verfügen, entsteht subjektive Unsicherheit. Diese kann durch Vertrauen, etwa in staatliche Institutionen und Politiker, die sich mit der Lösung eines bestimmten Problems beschäftigen, »absorbiert bzw. tragbar gemacht«¹²⁵ werden. So bestimmt im Kleinen etwa das individuelle Vertrauen in die administrativen Institutionen der eigenen Heimatstadt darüber, ob sich eine Person bei persönlichen Anliegen mit gutem Gewissen an die örtliche Verwaltung wendet und wie stark die eigene Kooperationsbereitschaft mit den lokalen Behörden ausgeprägt ist. Im größeren gesellschaftlichen Kontext führt mangelndes politisches Vertrauen – insbesondere in Parteien¹²⁶ als generelle demokratische Funktionseinheiten – zu wachsender Politikverdrossenheit¹²⁷ sowie Instabilität des politischen Systems¹²⁸. Ebendarum definiert das Institutionenvertrauen nicht zuletzt einen Gradmesser für die gesellschaftliche Unterstützung des politischen Systems.¹²⁹ Um herauszufinden, wie sich diese Unterstützung in der Mitgliederstruktur der LINKEN darstellt, ist es daher naheliegend, die Studienteilnehmer der Mitgliederbefragung 2019 zunächst hinsichtlich ihres Vertrauens gegenüber Institutionen zu befragen. Es gilt zu beachten, dass das Vertrauen dabei auf das Amt abzielt und nicht auf die Amtsinhaber, oder – im Falle von Parteien – nicht auf konkrete Parteien, sondern auf Parteien in einem allgemeinen Verständnis als verfassungsmäßig vorgesehene Institutionen. Dabei können Spill-Over-Effekte jedoch durchaus eine Rolle spielen, etwa wenn das Vertrauen in eine In-

121 Vgl. Almond/Verba 1963; Fuchs 2002, S. 27.

122 Vgl. Mannewitz 2015, S. 170–174; Gabriel 2005, S. 469f; zudem beispielhaft hierfür nach Mannewitz 2015: Easton 1975; Inglehart 1989; Putnam 1993; Norris 1999; Fuchs 2002.

123 Gräf/Jagodzinski 1998, S. 183.

124 Luhmann 1968, S. 30.

125 Ebenda, S. 33.

126 Vgl. Huth 2003, S. 126; Gabriel 2013, S. 325f; Biehl 2013, S. 77; Faus et al. 2019, S. 66.

127 Vgl. Kleinert 2007, S. 7.

128 Vgl. Faus et al. 2019, S. 66.

129 Vgl. Krüger 1995, S. 246.

stitution unter mangelhaft wahrgenommener Leistungsfähigkeit amtierender Politiker oder Beamter leidet.¹³⁰

Wie kann ein solcher Gradmesser nun umfassend definiert werden und welche Dimensionen müssen dabei Berücksichtigung finden? Empirische Orientierungen bieten dafür größere Bevölkerungsumfragen, in denen das Institutionenvertrauen seit vielen Jahren als fester Bestandteil des Fragenkanons erhoben wird.¹³¹ Grundsätzlich kann bei den abgefragten Items in der Regel zunächst zwischen repräsentativen (»parteienstaatlichen«) und regulativen (»rechtsstaatlichen«) bzw. »nicht parteilichen«¹³² Institutionen unterschieden werden.¹³³

Erstere umfassen mit verfassungsrechtlichen Organen den »Kern des repräsentativen Institutionensystems«¹³⁴: Parlamente, Regierungen und Parteien. Da die Mitgliederbefragung 2019 nicht zuletzt auf den Vergleich der unterschiedlichen Landesverbände abzielt, ist neben der Bundesebene (Bundestag und Bundesregierung) auch die Landesebene (Landesparlament und Landesregierung) ein wichtiger Teil der Analyse. Ferner wird das Vertrauen in Bürgermeister und kommunale Vertretungskörperschaften, wie Gemeinderäte, ebenfalls in die Erhebung einbezogen, wodurch sich die Gesamtschau mit dem Blick auf die unmittelbar lokale Ebene verdichtet. Freilich muss der Sonderstatus der kommunalen Ebene ausgeführt werden: Es gilt zu beachten, dass Kommunen im föderalen System der Bundesrepublik zur Landesebene gehören, da diese die rechtlichen Rahmenbedingungen für die kommunale Selbstverwaltung bestimmt. Sie besitzen keine gesetzgebenden Kompetenzen und werden der Exekutive zugeordnet.¹³⁵ Dennoch gewährleistet das Grundgesetz¹³⁶ die institutionelle Garantie für die kommunale Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetzgebung von Bund und Ländern.¹³⁷ Als Körperschaften, deren Mitglieder darüber hinaus im Parteienwettbewerb gemäß den Wahlgrundsätzen elektoral bestimmt werden, werden kommunale Vertretungen im Sinne der Unterteilung in der vorliegenden Arbeit als eher repräsentative Institutionen behandelt.

Regulative, nicht parteiliche Institutionen sind im Wesentlichen durch die rechtsstaatlichen Ordnungsorgane der Justiz (Gerichte) und Polizei definiert.¹³⁸ Für die Mitgliederbefragung 2019 stellt zudem das Militär als weitere, nicht parteiliche Institution eine sinnvolle Ergänzung dar: DIE LINKE legt in ihrem Selbstverständnis als »Friedenspartei«¹³⁹ einen programmatischen Hauptschwerpunkt fest, der mit den Forderungen nach Abrüstung, Auflösung der NATO und einer generellen Ablehnung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr¹⁴⁰ das Militär als Institution im besonderen Maße berührt.

130 Vgl. Faus et al. 2019, S. 34.

131 beispielhaft hierzu: GESIS 2018; dimap 2018; WDR 2019.

132 Decker et al. 2019, S. 39.

133 Vgl. Zmerli 2016, S. 181; Faus et al. 2019, S. 35.

134 Decker et al. 2019, S. 39.

135 Vgl. Kost/Wehling 2010, S. 7f.

136 Vgl. Art. 28, Abs. 2. GG.

137 Vgl. Kost/Wehling 2010, S. 7f.

138 Vgl. ebenda; Faus et al. 2019, S. 71.

139 DIE LINKE 2011, S. 69.

140 Vgl. ebenda.

Eine differenzierte Einteilung erfordern Institutionen, die den Medien zugeordnet werden. Mit Ausnahme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bilden sie eine dritte, nicht staatliche Klassifikation (Tab. 13). Medien im Sinne von Massenmedien¹⁴¹ umfassen Printzeugnisse, den Rundfunk und – wenngleich nicht allumfassend – das Internet.¹⁴² Als Träger der Massenkommunikation besitzen Medien (politische) Macht, die nach Strohmeier 2004 über verschiedene, aufeinander aufbauende Funktionen deutlich wird¹⁴³:

- Herstellung von Öffentlichkeit (Primärfunktion): Durch Berichterstattung stellen Medien Öffentlichkeit – und damit Aufmerksamkeit – für politische Themen her.
- Information und Kontrolle (Sekundärfunktionen): Massenmedien stellen sowohl für die Bevölkerung als auch für politische Eliten eine Informationsquelle dar. Dabei ist für politische Akteure auch das Senden von Information über Medien an die Bevölkerung von großem Interesse. In ihrer Kontrollfunktion beurteilen Medien das Handeln politischer Akteure und kritisieren dieses gegebenenfalls.
- Politische Sozialisation/Integration, Bildung/Erziehung sowie Meinungs- und Willensbildung (Tertiärfunktionen): Politisch sozialisierend und integrierend wirken Medien, indem sie Regeln des Zusammenlebens (Normenbewusstsein¹⁴⁴), des politischen Regimes und Elemente politischer Kultur vermitteln. Ihre Rolle in Bildung und Erziehung kann insofern definiert werden, als Medien wesentliche Informationen zu den inhaltlichen, strukturellen und prozessualen Politikdimensionen vermitteln. Indem Medien in ihrem Programm thematisch filtern, beeinflussen sie schließlich den öffentlichen Diskurs und können Aufmerksamkeit für bestimmte politische Sachverhalte generieren. Dabei haben sie nicht nur Einfluss darauf, über welche Sachverhalte nachgedacht wird, sondern auch wie. Auf diese Weise tragen Medien zur politischen Meinungs- und Willensbildung bei.

Medien stellen demnach einen nicht vernachlässigbaren Bestandteil politischer Kommunikation in der Gesellschaft dar, wodurch deren Analyse vor dem Hintergrund des Institutionenvertrauens in der Mitgliederbefragung 2019 einen weiteren Schwerpunkt bildet. Während der Fokus von Printmedien und Rundfunk innerhalb der Befragung auf deren einschlägige Vertreter – das Zeitungswesen und das Fernsehen – gelegt werden kann, müssen bezüglich der Dimensionierung des Internets weitere Faktoren beachtet werden (vgl. auch Abschnitt 3.3.6):

Erstens: Die Trennlinie zwischen Printmedien/Rundfunk und dem Internet ist im heutigen Kontext weit weniger scharf zu ziehen. So verfügen Zeitungen oder Rundfunkanstalten längst über ihre eigenen Online-Angebote, die einen zusätzlichen Kanal für

141 Der Begriff der »Medien« erfasst im Verständnis der vorliegenden Arbeit – mit Ausnahme der sozialen Medien – Massenmedien. Im Gegensatz zu Medien der Individualkommunikation (z.B. Telefon) ermöglichen Massenmedien eine One-to-Many-Kommunikation, d.h. die Kommunikation von einem Sender zu zahlreichen Empfängern (vgl. Strohmeier 2004, S. 26; Gerhards 1994, S. 85).

142 Vgl. Strohmeier 2004, S. 27.

143 Vgl. ebenda, S. 69–75.

144 vgl. Hess 1969, S. 277–286.

die Berichterstattung schaffen und diese darüber hinaus erweitern können: Ein Internetportal bietet etwa einem Nachrichtenformat mehr Raum für ausgedehnte Reportagen als eine 15-minütige Sendung im Fernsehen. Da auch traditionelle Print- und Rundfunkformate Online-Kanäle nutzen, ist es aufgrund der fehlenden Trennschärfe nicht zielführend, die Studienteilnehmer nach ihrem Vertrauen in *das* Internet zu befragen – nicht zuletzt auch, da Online-Angebote vielseitige, nicht zwangsläufig massenmediale Formen¹⁴⁵ annehmen können, sodass das Spektrum an individuellen Assoziationen der Befragten mit dem Internet sehr breit ausfällt und dadurch eine präzise Analyse erschwert. Das Internet dient jedoch als Trägermedium für einen – im Kontext der heutigen Zeit – bedeutungsschweren Medientypus: die sozialen Medien. Vor dem Hintergrund des »Arabischen Frühlings«, den erfolgreichen US-Wahlkampagnen Barack Obamas oder der ausgedehnten Aktivität Donald Trumps auf Twitter¹⁴⁶ sind soziale Medien zunehmend ein fester Bestandteil der modernen politischen Kommunikation.¹⁴⁷ Unmittelbar verbunden mit ihnen ist die jüngste Diskussion zur massenhaften (»viralen«) Verbreitung von Falschnachrichten (»Fake-News«) über Netzwerke wie Facebook und Twitter zu gezielt persuasiven Zwecken. So kann die öffentliche Meinungsbildung für gesellschaftliche bzw. politische Ereignisse, wie etwa Wahlen, durch eine ungefilterte Flut an Falschnachrichten zugunsten dieser oder jener Richtung beeinflusst werden.¹⁴⁸ Ein prominentes Beispiel hierfür stellt wohl die Diskussion über eine mögliche russische Einflussnahme auf den US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 mittels Fake-News auf Twitter dar.¹⁴⁹ Gerade die Debatte um Falschnachrichten in sozialen Medien ist unmittelbar an die Frage des Vertrauens geknüpft. Für den ungeübten Nachrichtenkonsumenten ist es nicht selten schwer, seriöse Meldungen von jenen Fake-News zu unterscheiden.¹⁵⁰ Daher erscheint die Analyse der sozialen Medien unter dem Untersuchungsschwerpunkt des Institutionenvertrauens heute von großer Bedeutung.

Zweitens: Sozialen Medien sind die Möglichkeiten der wechselseitigen Interaktion zwischen verschiedensten Akteuren inhärent.¹⁵¹ Im Gegensatz zu Printmedien und Rundfunk können sie daher aus funktionaler Perspektive nicht den – im Sinne einer reinen One-to-Many-Kommunikation traditionellen¹⁵² – Massenmedien zugeordnet werden. Nutzer treten in sozialen Medien nicht nur als Rezipienten auf, sondern können etwa über Kommentarfunktionen oder das Publizieren eigener Beiträge aktiv in das Kommunikationsgeschehen eingreifen.¹⁵³ Auf diesem Weg ist die Bandbreite der Akteure, die sich an der politischen Kommunikation in sozialen Medien beteiligen, vielseitig: Regierungen, Parlamentarier, Parteien, Interessenvertretungen, Bürgerinitiativen und Privatpersonen sind hierfür nur die offensichtlichsten Beispiele.¹⁵⁴ Die Masse an betei-

145 vgl. Strohmeier 2004, S. 45–52.

146 Vgl. Dorn 2017.

147 Vgl. Emmer 2017, S. 81.

148 Vgl. Quattrocio 2018, S. 143f.

149 Vgl. Rüesch 2020.

150 Vgl. Schaarschmidt 2018, S. 138f.

151 Vgl. Emmer 2017, S. 82.

152 Vgl. Strohmeier 2004, S. 26f.

153 Vgl. ebenda; Taddicken/Schmidt 2017, S. 4–9.

154 Vgl. Emmer 2017, S. 83.

ligten Akteuren generiert folglich eine entsprechend große Menge an Informationen, die durch den Nutzer, etwa durch Abonnieren einer bestimmten Partei oder Nachrichtenplattform, gefiltert wird. Auf welche Inhalte und Quellen er zurückgreift, entscheidet er allein nach seinen persönlichen Vorlieben (»Filter Bubbles«).¹⁵⁵

Tabelle 13: Dimensionen des Institutionenvertrauens in der Mitgliederbefragung 2019

Staatliche Institutionen		Medien
Repräsentativ	Regulativ, nicht parteilich	
Bundestag	Justiz	Zeitungswesen
Bundesregierung	Polizei	Fernsehen
Landesparlament	Militär	Soziale Medien
Landesregierung		
Parteien		
Kommunalvertretung	Bundesverfassungsgericht	
Bürgermeister		

Neben dem Institutionenvertrauen bildet die Messung der Demokratiezufriedenheit ein weiteres Kernelement in der Forschung zu politischer Kultur.¹⁵⁶ Aufgrund ihrer partiell systemkritischen Grundhaltung fand DIE LINKE im Rahmen von Publikationen der Extremismusforschung immer wieder Erwähnung, wobei insbesondere die Errichtung eines »demokratischen Sozialismus«¹⁵⁷ als eine mit dem demokratischen Verfassungsstaat unvereinbare Alternative zu den bestehenden Verhältnissen hervorgehoben wurde. Dieser überhöhe zum einen das Ideal der Gleichheit über das der Freiheit und ersetze zum anderen die individuelle Freiheit durch ein kollektives Freiheitsverständnis innerhalb einer tendenziell identitären Systemvorstellung.¹⁵⁸ Darauf aufbauend gilt es herauszufinden, in welchem Verhältnis die Mitglieder einerseits zur Demokratie in Deutschland und andererseits zur Demokratie als Staatsform stehen und ob ihre Einstellungen von denen der Bevölkerung in besonderer Weise abweichen. Diese duale Fragestellung ist zurückzuführen auf die Konzeption politischer Unterstützung nach David Easton, nach der einerseits das politische System Entscheidungen für die Umwelt fällt, andererseits die Umwelt Forderungen an das politische System formuliert und dieses unterstützt.¹⁵⁹ Das politische System gestaltet sich auf diesem Weg als eine »funktionale Ausdifferenzierung des gesellschaftlichen Systems«¹⁶⁰. Die Systemzufriedenheit kann dabei auf zwei verschiedenen Ebenen analysiert werden: Die diffuse Systemunterstützung definiert die grundsätzliche Zustimmung für das politische System, während die

155 Vgl. Emmer 2017, S. 94; Pariser 2011.

156 Vgl. Mannewitz 2015, S. 42.

157 DIE LINKE 2011, S. 27.

158 Vgl. Jesse 2008, S. 199–205.

159 Vgl. Easton 1965; Lange 2018, S. 25; Westle 2007, S. 105f.

160 Westle 2007, S. 105.

spezifische Unterstützung die Unterstützung für die derzeitige Regierung bezeichnet.¹⁶¹ Hinsichtlich der Legitimation des politischen Systems kann hierbei festgestellt werden, dass die diffuse Unterstützung für die Stabilität schwerer wiegt:

»[Es] kann davon ausgegangen werden, dass ein politisches System mit einem Entzug an spezifischer Unterstützung durchaus überleben kann, während ein Verlust der diffusen Unterstützung auf einen vollständigen Legitimationsverlust hindeutet.«¹⁶²

Das Bezugssystem für die LINKEN-Mitglieder als Anhänger einer deutschen Partei ist das politische System der Bundesrepublik. Demnach gilt es zunächst – auf der Ebene der diffusen Systemunterstützung – die allgemeine Zustimmung für die Demokratie als Staatsform zu messen und danach – auf der Ebene der spezifischen Unterstützung – die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zum Befragungszeitpunkt zu untersuchen¹⁶³ (vgl. dazu Operationalisierung in Abschnitt 3.3.6). Durch die zweigeteilte Fragestellung kann herausgefunden werden, ob Teile der Parteimitglieder der Demokratie als Idee hinter dem politischen System tatsächlich ablehnend gegenüberstehen, oder ob es sich bei den LINKEN-Anhängern mehrheitlich um »kritische Demokraten«¹⁶⁴ handelt, die zwar ihre Unterstützung auf der spezifischen Ebene entziehen, aber Demokratie als generelle Staatsform befürworten.

Beide Untersuchungsschwerpunkte – Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit – ermöglichen in der empirischen Auswertung schlussendlich eine umfassende Einschätzung darüber, wie die Mitglieder der Partei in ihren persönlichen Einstellungen dem politischen System der Bundesrepublik gegenüberstehen.

3.3.4 DIE LINKE: Organisationsverständnis, Responsivität, Kontroversen

Die heterogene Mitgliederstruktur der Partei DIE LINKE begründet die Frage, wie sich die Anhänger gegenüber ihrer eigenen Partei positionieren. Bereits die Deutsche Parteimitgliederstudie von 2009 hat sich in zwei Kapiteln der Zufriedenheit von Parteimitgliedern einerseits¹⁶⁵ und deren Reformwünschen andererseits¹⁶⁶ gewidmet. Mit Blick auf die Zufriedenheit gegenüber der eigenen Partei hob sich DIE LINKE dabei kaum von den kleineren Bundestagsparteien – FDP und Grüne – ab: Trotz eines überwiegenden Anteils zufriedener und teilweise zufriedener Parteimitglieder gab rund ein Viertel der Befragten an, eher oder sehr unzufrieden zu sein.¹⁶⁷ Hinsichtlich der Reformwünsche innerhalb der eigenen Partei priorisierten die LINKEN-Mitglieder sowohl Machtbegrenzungen, etwa durch Ämterlimits sowie Frauen- und Jugendquoten¹⁶⁸, als auch direktdemokratische – den Einfluss der Basis stärkende – Maßnahmen, wie etwa die Urwahl von

161 Vgl. Lange 2018, S. 26.

162 Ebenda.

163 Vgl. ebenda; Gabriel et al. 2002, S. 198; Niedermayer 2005, S. 95.

164 Wirnsberger/Haller 2015; Norris 2011; Norris 1999.

165 Vgl. Nonnenmacher 2011.

166 Vgl. Laux 2011b.

167 Vgl. Nonnenmacher 2011, S. 140.

168 Vgl. Laux 2011b, S. 169.

Bundestagskandidaten oder Urabstimmungen zu Sachfragen¹⁶⁹. Insbesondere letztgenannte Erkenntnis belegt den starken Einflusswunsch der Basis auf den politischen Kurs der Partei und unterstreicht das besondere Forschungsinteresse an der Frage: Welche inhaltliche Ausrichtung der Partei DIE LINKE wünschen die Parteimitglieder? Die Relevanz der Frage wird zudem durch die – in Abschnitt 2.2 erläuterten – Vielfalt an politischen Strömungen innerhalb der LINKEN mit ihren teils gegensätzlichen Zielen verstärkt. Die vorliegende Arbeit widmet sich daher weniger den strukturellen Reformwünschen als vielmehr der Programmatik und Strategie sowie der Frage, wie die Mitglieder ihre Rolle in der innerparteilichen Willensbildung beurteilen.

Eine erste Annäherung ermöglicht der Blick auf das Organisationsverständnis der Parteimitglieder.¹⁷⁰ Dieses basiert auf der Prämisse, dass politische Parteien im Wesentlichen drei Ziele verfolgen, die zueinander in einem Spannungsverhältnis stehen können: Wahlen gewinnen, öffentliche Ämter besetzen und politische Inhalte umsetzen.¹⁷¹ Parteien können diese Ziele unterschiedlich priorisieren¹⁷²: Eine auf Pragmatismus gestützte Wählerpartei, die ihre Hauptziele in elektoralen Erfolgen und Ämtern sieht, ist möglicherweise in ihrer programmatischen Ausrichtung kompromissbereiter und flexibler, wenn dadurch Wählerstimmen gewonnen werden können.¹⁷³ Auf der anderen Seite kann sich eine Partei vornehmlich als mitgliederzentrierte »Gesinnungsgemeinschaft«¹⁷⁴ verstehen und an konkreten Inhalten und Policy-Orientierungen festhalten, auch wenn dies einen Verlust von Wählerstimmen bedeuten würde. Ebenso wie Parteien zwischen den beiden Polen – einem pragmatisch-wählerorientierten und einem mitgliederzentrierten Organisationsverständnis – gewichten können, können auch die Parteimitglieder ihre Prioritäten setzen¹⁷⁵:

»Das Organisationsverständnis ergibt sich in diesem Fall als die Antwort auf die Frage, wie eine Partei in der Vorstellung ihrer Mitglieder sein oder wie sie sich in der Politik verhalten sollte.«¹⁷⁶

Von einer stärkeren *Basisorientierung* kann in diesem Zusammenhang gesprochen werden, wenn sich die Parteimitglieder wünschen, dass ihre Meinungen und Ansichten in der Partei eher Gehör finden als jene der Wähler. Soll die Partei sich auf ihre eigene Programmatik besinnen, anstatt aktuellen Meinungstrends¹⁷⁷ der Wähler nachzugehen – auch wenn dies einen Stimmenverlust zur Folge hätte – spricht dies für eine stärkere

169 Vgl. ebenda, S. 167.

170 Vgl. ebenda, S. 158–166; Alemann/Laux 2012, S. 252–255.

171 Vgl. Strøm/Müller 1999, S. 5; Alemann/Laux 2012, S. 159.

172 Vgl. Harmel/Janda 1994, S. 268f.

173 Vgl. Alemann/Laux 2012, S. 252.

174 Alemann/Laux 2012, S. 252.

175 Für die Fragestellung ist primär relevant, inwiefern sich die Parteimitglieder ein mitgliederzentriertes Organisationsverständnis in ihren Parteien wünschen (vgl. Alemann/Laux 2012, S. 252).

176 Ebenda.

177 Laux 2011b nutzt an dieser Stelle zudem den treffenden Begriff der »Zeitgeist-Programmatik« (S. 163).

*Grundwertorientierung.*¹⁷⁸ Beide Orientierungen stehen nicht in einem diametralen Verhältnis: Sowohl eine ausgeprägte Basis- als auch eine hohe Grundwertorientierung implizieren den Wunsch nach einem mitgliederzentrierten Verständnis, in der die Stimme der eigenen Mitglieder in der politischen Arbeit der Partei ein höheres Gewicht hat als die der Wähler. Auf diesem Weg kann erforscht werden, ob die Mitglieder bei der Ausgestaltung der politischen Agenda ihrer Partei ein wertfokussiertes Vorgehen präferieren, oder eines, das auf den Wahlerfolg abzielt – sofern beide Möglichkeiten im Konflikt zueinanderstehen.

In einem zweiten Schritt kann nun die individuelle Einstellung zum Kurs der Partei untersucht werden. Ein besonderes Augenmerk verdient hierbei die zentrale Frage, ob DIE LINKE generell Regierungsverantwortung anstreben sollte oder nicht. Als ein Schwerpunkt der strategischen Kursbestimmung beschäftigt diese den internen Diskurs der Partei seit der Parteigründung auf allen Politikebenen und sorgte nicht nur in der Vergangenheit für Spannungen zwischen den Mitgliedern. Die Ausgestaltung eines Mittelwegs, der den systemkritischen (außer-)parlamentarischen Protest und eine mögliche konstruktive Beteiligung an Koalitionsverhandlungen miteinander vereinbart, bildet in ihrem Zwiespalt eine – möglicherweise sogar *die* – parteiinterne (Haupt-)Konfliktlinie und einen maßgeblichen Diskussionsschwerpunkt auf Parteiveranstaltungen der LINKEN.¹⁷⁹ Das Spannungsverhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern einer Regierungsbeteiligung spiegelt sich nicht zuletzt in den parteiinternen Strömungen wider. Während das fds als tragender Vertreter des Reformerflügels in seiner Gründungserklärung deutlich für eine mehrheitsfähige LINKE wirbt –

»Wir wollen dafür kämpfen, dass unsere Ziele in Programmatik, Politikstil und Handeln unserer neuen Linkspartei mehrheitsfähig werden. [...] Wir wollen die Gesellschaft verändern und dafür um stabile, dauerhafte Mehrheiten werben.«¹⁸⁰

– negiert die AKL als bedeutende Arbeitsgemeinschaft des Linksaußenflügels ihrerseits weitestgehend diese Forderung und betont die Bedeutung einer außerparlamentarischen, auf Protest aufbauenden Strategie:

»Sie [die AKL] sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und der übrigen politischen Linken in diesem Land und international sowie zu den außerparlamentarischen Bewegungen. [...] Die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen werden nicht durch Regierungswechsel erreicht, sondern dadurch, dass sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern – vor allem durch Protest und Widerstand gegen herrschende Politik.«¹⁸¹

178 Vgl. Alemann/Laux 2012, S. 252f.

179 Vgl. Jesse 2008, S. 193f; Schaible 2020; zudem Abschnitt 2.1 und 2.2 der vorliegenden Arbeit.

180 Forum Demokratischer Sozialismus 2007.

181 Antikapitalistische Linke 2020.

Ob DIE LINKE für Regierungsbeteiligungen zur Verfügung stehen sollte, kann somit auch anhand der Zustimmung oder Ablehnung zu konkreten Zielformulierungen einzelner Strömungen festgestellt werden.¹⁸²

Eng verknüpft mit der Frage, ob eine Regierungsbeteiligung in Bund und Ländern seitens der Partei angestrebt werden sollte, ist darüber hinaus die Einstellung der Parteimitglieder zu möglichen Koalitionspartnern. Ein Bündnis aus SPD, LINKEN und Grünen ist Gegenstand zahlloser medialer Berichterstattungen und wird innerhalb der Parteien spätestens nach der theoretischen Mehrheit im Zuge der Bundestagswahl 2013¹⁸³ als ernsthafte Regierungsoption auf der Bundesebene bis in die Spitzenebenen diskutiert. Die politische Praxis belegt mit dem Blick auf die Landesebene, dass diese Überlegungen nicht nur theoretischer Natur sind: Wenngleich Thüringen unter dem LINKEN-Ministerpräsidenten Ramelow nach der Landtagswahl 2014 lange Zeit das wohl eindringlichste Beispiel für das rot-rot-grüne »Experiment«¹⁸⁴ darstellt, bildeten sich nach den Wahlen in Berlin (2016) und Bremen (2019) ebenfalls Koalitionen aus SPD, LINKEN und Grünen. Ferner gab es Koalitionen zwischen SPD und LINKEN in den neuen Bundesländern¹⁸⁵ sowie Tolerierungsmodelle¹⁸⁶. Dass es sich bei den drei Parteien keinesfalls um eine inhaltlich weitgehend homogene bzw. verträgliche Gesinnungsgemeinschaft handelt, belegen hingegen weitreichende Unterschiede in der Programmatik zwischen SPD und Grünen einerseits und der LINKEN andererseits, insbesondere in den – in der Bundespolitik relevanten – außenpolitischen Fragen.¹⁸⁷ Auch das Scheitern einer rot-grünen Regierung unter Tolerierung der LINKEN nach der hessischen Landtagswahl 2008 zeugt von koalitionspolitischen Defekten innerhalb des linken Lagers.¹⁸⁸ Die Haltung der LINKEN-Mitglieder zu möglichen Koalitionsoptionen ist daher von großem Interesse: Es gilt nicht nur zu prüfen, ob die häufig thematisierte rot-rot-grüne Koalition tatsächlich eine ausgeprägte Zustimmung in der Parteibasis genießt, sondern auch, ob SPD und Grüne von den Parteimitgliedern unterschiedlich präferiert werden oder gar andere Parteien als gewünschte Koalitionspartner genannt werden. Für die explorative Analyse sind Bundes- und Landesebene gleichermaßen relevant: Aus einer zweigeteilten Fragestellung, bei der die Mitglieder angeben, welche Parteien für sie einerseits für eine Koalition im Bund und andererseits in ihrem speziellen Bundesland infrage kommen würden, können deutlich differenziertere Ergebnisse gewonnen werden. So kann etwa überprüft werden, ob eine Koalitionsoption auf Bundesebene in Abhängigkeit zur Landesverbandszugehörigkeit der Befragten unterschiedlich in Betracht gezogen wird, oder ob bestimmte Koalitionspartner zwar auf der Landesebene befürwortet werden, jedoch für Koalitionsgespräche im Bund keine Zustimmung unter den Mitgliedern genießen.

182 Vgl. hierzu Abschnitt 3.3.6.

183 Vgl. Spier 2013, S. 369f.

184 Oppelland 2018, S. 161.

185 Mecklenburg-Vorpommern 1998–2006; Berlin 2002–2011; Brandenburg 2009–2019.

186 Vgl. Spier 2013, S. 374; insbesondere das »Magdeburger Modell« in Sachsen-Anhalt 1994–2002.

187 Vgl. Scholz 2016, S. 133f; Hierzu zählt insbesondere die Forderung der LINKEN nach Auflösung der NATO, sowie die generelle Ablehnung der Partei gegenüber militärischen Interventionen der Bundeswehr im Ausland.

188 Vgl. Spier 2013, S. 374.

Gleichwohl der Konfliktlinie zwischen Befürwortern und Gegnern einer linken Regierungsbeteiligung weitere, teilweise ideologische Gegensätze inhärent sind, stellt diese nicht den einzigen Brennpunkt linker Debattenkultur dar.¹⁸⁹ Auch der kulturalistische Konflikt zwischen »Kosmopoliten« und eher nationalstaatlich orientierten »Kommunitaristen«¹⁹⁰ spaltet die Partei:

»Kosmopoliten [...] treten ein für die Gleichheit aller Geschlechter, gleiche Rechte für Homosexuelle, für offene Grenzen für Waren, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräfte, Flüchtlinge und Immigranten. Sie sind für die europäische Integration und halten den Nationalstaat für ein Relikt vergangener Jahrhunderte. [...] Kommunitaristen setzen auf solidarische Gemeinschaften, den Nationalstaat, eng kontrollierte Grenzen gegenüber dem Kapital wie den Immigranten und stehen der EU mit Skepsis gegenüber.«¹⁹¹

Besonders deutlich wird dieser Konflikt in parteiinternen Diskussionen zum asylpolitischen Kurs der Partei, der nicht zuletzt auf dem Bundesparteitag 2018 in Leipzig im Richtungsstreit zwischen Katja Kipping und Sahra Wagenknecht einen Höhepunkt fand: Während Kipping für den programmatischen Status quo einer weltoffenen Migrationspolitik warb, verwies Wagenknecht auf die Flüchtlingspolitik als die Hauptursache für eine Wählerwanderung nach rechts.¹⁹²

Auch kleinere Konfliktlinien, etwa die theoretische Auseinandersetzung mit den Werken von Karl Marx und dem Marxismus, prägen den parteiinternen Diskurs. So proklamierte die »Historische Kommission der Partei DIE LINKE« zum 200. Geburtstag von Karl Marx die Abkehr vom Marxismus als Ideologie:

»[...] Marx war laut eigener Aussage kein Marxist. [...] Das Werk von Karl Marx und seine Person brauchen keinen Ismus, um einer modernen Linken Orientierung zu sein, im Gegenteil.«¹⁹³

Währenddessen fordert die KPF, ein anerkannter Zusammenschluss innerhalb der LINKEN, ein Festhalten an marxistischer Theorie:

»Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der Kommunistischen Plattform.«¹⁹⁴

Die Bedeutung von Gewerkschaftsinteressen innerhalb der parlamentarischen Arbeit der LINKEN kann zudem als ein weiterer kleinerer Diskussionsschwerpunkt aufgeführt

189 Einen ideologischen Gegensatz stellt etwa der Streitpunkt dar, ob die Partei sich durch eine Regierungsbeteiligung einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung gegenüber systemkonform zeigen würde: »[...] DIE LINKE programmatisch auf eine klare sozialistische Grundlage [...] stellen, anstatt nur die Reparatur eines prinzipiell ausbeuterischen und zerstörerischen Gesellschaftssystems anzustreben.« (vgl. Antikapitalistische Linke 2013).

190 Merkel 2017.

191 ebenda.

192 Vgl. Träger 2020a, S. 172; Träger 2018; Schneider 2018.

193 DIE LINKE 2017.

194 Kommunistische Plattform 2020.

werden. Seit der LINKEN-Gründung 2007 bestehen zwischen Partei und Gewerkschaften Spannungsverhältnisse.¹⁹⁵ Gewerkschaften, die primär Einfluss auf Regierungspolitik nehmen wollen, sehen in der LINKEN nur einen »optionale[n] Kooperationspartner«¹⁹⁶ neben der bedeutungsschwereren SPD. Parteiinterne Zusammenschlüsse, vor allem die BAG Betrieb & Gewerkschaft, setzen sich dennoch dafür ein, dass DIE LINKE in ihrer politischen Arbeit verstärkt gewerkschaftliche Interessen berücksichtigt.¹⁹⁷ Beide Beispiele verdeutlichen, dass neben den primären Konfliktlinien weitere Gräben innerhalb der LINKEN bestehen, deren Vielfalt große Teile eines Spektrums politischer Kursbestimmung umfassen. Die Analyse programmatischer Streitfragen definiert folglich einen wesentlichen Schwerpunkt bei der Erforschung politischer Einstellungen der Parteimitglieder.

Für die vorliegende Studie wird das Konzept der Political Efficacy (vgl. Abschnitt 3.2.2) darüber hinaus um eine weitere parteispezifische Komponente nach Alemann/Laux 2012 und Bruter/Harrison 2009 erweitert, welche erfasst, wie Parteimitglieder ihre eigenen subjektiven Einflussmöglichkeiten in der Partei einschätzen.¹⁹⁸ Die konzeptionelle Grundlage hierfür – von Alemann 1992 durch den Begriff der *Parteiresponsivität* bezeichnet – ist auf die Theorie der Responsivität (engl. »Responsiveness«¹⁹⁹) zurückzuführen, die sich mit dem Verhältnis zwischen Nicht-Eliten und Eliten und der damit verknüpften Frage, inwiefern Nicht-Eliten auf die Willensbildung Einfluss ausüben können, beschäftigt:

»Unter Responsivität [...] wird die Bedürfnissensibilität der Handlungseliten für die Anliegen der Nicht-Eliten verstanden.«²⁰⁰

In der Betrachtung der Parteiresponsivität stellen Personen an der Parteispitze bzw. Parteieliten die Eliten dar, während die Nicht-Eliten durch die Basismitglieder repräsentiert werden:

»Parteiresponsivität bezeichnet hier demnach die Offenheit der Parteielite gegenüber den Bedürfnissen der einfachen Mitglieder, bei gleichzeitiger Bereitstellung adäquater Antworten«²⁰¹

Aus der Definition geht hervor, dass es sich dabei keinesfalls um ein einseitiges Verhältnis beider Gruppen zueinander handelt, sondern um eine Dualität mit wechselseitigen Wirkungen.²⁰² Der Befragte schätzt folglich, ähnlich wie bei der Ermittlung der Political Efficacy, einerseits die Partizipationsmöglichkeiten der Parteibasis bei der innerparteilichen Willensbildung ein, andererseits jedoch auch die Offenheit der Funktionsträ-

195 Vgl. Fischer/Waldermann 2008.

196 Neusser 2012, S. 15.

197 Vgl. Betrieb & Gewerkschaft 2020.

198 Vgl. Alemann/Laux 2012, S. 255–258; Bruter/Harrison 2009, S. 1287.

199 Nach Etzioni 1968.

200 Waschkuhn 1997, S. 51.

201 Alemann/Laux 2012, S. 256; vgl. auch Alemann 1992, S. 120f.

202 Vgl. Alemann/Laux 2012, S. 256.

ger bzw. Eliten für Impulse aus den Reihen der einfachen Mitglieder. Hierdurch können nicht zuletzt Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie attraktiv DIE LINKE in Bezug auf innerparteiliche Teilhabe – insbesondere für Neumitglieder – ist.

3.3.5 Grundsätzliche Hypothesen

Wie bereits bei den Fragenkomplexen I und II können auch aus den theoretischen Vorbetrachtungen der Einstellungsfragen Schlüsse in Form einiger fundamentaler Hypothesen gezogen werden:

- H27 Ausgehend von den Ergebnissen der Parteimitgliederstudien von 1998 und 2009 kann eine leichte Verlagerung der Mitglieder im zweidimensionalen Politikraum festgestellt werden. So konnten diese 2009 einerseits auf der soziokulturellen Achse etwas näher am Pol der libertären Politik verortet werden, andererseits war auf der sozioökonomischen Achse eine geringe Tendenz hin zu mehr Marktfreiheit erkennbar.²⁰³ Dieser Trend könnte sich auch 2019 fortgesetzt haben.
- H28 Vor dem Hintergrund der These einer stärkeren Tendenz zu postmaterialistischen Werten²⁰⁴ ist anzunehmen, dass die Parteimitglieder der LINKEN – als Anhänger einer traditionell aus der Opposition heraus agierenden Partei – besonders postmaterialistische Ziele (Wahrung von Meinungsfreiheit und mehr direkte Demokratie) priorisieren.
- H29 DIE LINKE betont in ihrem Selbstverständnis friedenspolitische Standpunkte, die sich etwa in der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr äußern. Es scheint schlüssig, dass ihre Mitglieder dem Militär überwiegend mit Misstrauen begegnen.
- H30 Als dauerhafte Oppositionspartei auf Bundesebene sowie in den meisten Bundesländern ist anzunehmen, dass die Parteimitglieder der LINKEN Regierungen, die nicht der eigenen Parteifarbe entsprechen, mit überwältigendem Misstrauen begegnen.
- H31 Die Extremismusforschung legt ein zumindest ambivalentes Verhältnis der Partei zum demokratischen Verfassungsstaat nah.²⁰⁵ Dieser Befund sollte sich daher in der Frage nach der Demokratie als bester Staatsform in einem ebenso zweischneidigen Antwortverhalten der Parteimitglieder widerspiegeln.
- H32 Hinsichtlich möglicher Koalitionen mit anderen Parteien zeichnen sich Neumitglieder im Vergleich zur Gesamtpartei möglicherweise durch eine größere Bündnisoffenheit – insbesondere gegenüber SPD und Grünen – aus. Mitglieder, die bereits vor der Parteigründung 2007 in der SPD-kritischen WASG tätig waren²⁰⁶, aufgrund der Sozialreformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (»Agenda 2010«) in die PDS eintraten oder die deutsche Beteiligung an militärischen Konflikten um die Jahrtausendwende (Kosovo, Afghanistan) ablehnten, könnten hingegen rot-rot-grünen Koalitionsoptionen mit größerer Skepsis begegnen.

203 Vgl. Spier 2011b, S. 133.

204 Vgl. hierzu Abschnitt 3.3.2.

205 Vgl. hierzu Abschnitt 3.3.3.

206 Vgl. hierzu Abschnitt 2.1.

- H33** Ausgehend von der Annahme, dass die Migrationskrise ab 2015 mit der gleichzeitigen Abgrenzung zur politischen Rechten besonders für Neumitglieder einen gewichtigen Beitrittsimpuls darstellte²⁰⁷, könnten diese sich durch eine vergleichsweise besonders hohe Offenheit bzw. ein überwiegend libertäres Politikverständnis bei gleichzeitiger Ablehnung von staatlicher Restriktion in Asylfragen auszeichnen.
- H34** Die Heterogenität der einzelnen Strömungen sowie daraus resultierende Machtkämpfe in den höchsten Entscheidungsgremien der Partei²⁰⁸ könnten in der Parteibasis Unsicherheiten und einen damit verbunden Verlust der Responsivität verursachen.
- H35** Der Marxismus als ein Kernelement des theoretischen Unterbaus der Partei könnte angesichts des Versterbens älterer Mitglieder aus den Reihen der SED (Ostdeutschland) bzw. der Studentenbewegung von 1968 (Westdeutschland) und neuer Beitrittsimpulse abseits der sozialen Frage (Klimawandel, Migration) insbesondere bei Neumitgliedern an Relevanz innerhalb der LINKEN verloren haben.

3.3.6 Operationalisierung

Die Verortung der Parteimitglieder im politischen Raum sowie die Erhebung materialistischer bzw. postmaterialistischer Wertvorstellungen (Abschnitt 3.3.2) erfolgt im Fragebogen durch die Fragennummern 19 und 20 (Tab. 14). Dabei wird der Inglehart-Index in Frage 19 über das bereits erläuterte und weitgehend standardisierte Verfahren erhoben.²⁰⁹ Die einstellungsorientierte Untersuchung anhand des politischen Raumes stützt sich auf die von Spier 2011²¹⁰ in der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 definierten Items, wodurch nicht zuletzt eine Vergleichbarkeit beider Studien gewährleistet wird. Die Itematterie enthält auf dieser Grundlage acht Forderungen, von denen jeweils vier die sozioökonomische (It. 1, 2, 5, 6) bzw. die soziokulturelle (It. 3, 4, 7, 8) Dimension operationalisieren. Auf einer 11-stufigen Skala zwischen -5 (»stimme überhaupt nicht zu«) und +5 (»stimme voll und ganz zu«)²¹¹ konnten die Studienteilnehmer ihre Zustimmung oder Ablehnung gegenüber den einzelnen Forderungen zum Ausdruck bringen. Die vier

207 Vgl. hierzu Abschnitt 3.2.3.

208 Vgl. hierzu auch Abschnitt 2.1 und 8.1.

209 Durch die höhere Komplexität (Zuordnung verschiedener Politikziele nach persönlicher Priorität) wurde die Fragestellung durch einen Hinweis als Hilfestellung ergänzt. Dieser umfasst jedoch keine inhaltlichen Erweiterungen, sondern erläutert lediglich das technische Vorgehen bei der Beantwortung der Frage.

210 Vgl. Spier 2011b, S. 132f.

211 Für die Erhebung im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 wurde für diesen Fragenblock eine 21-stufige Skala zwischen -10 und +10 verwendet (vgl. Spier 2011b, S. 132). Diese konnte mit den gegebenen technischen Möglichkeiten für die Mitgliederbefragung 2019 nicht sinnvoll implementiert werden. Da die Daten für die vorliegende Arbeit mittels Online-Fragebogen (vgl. hierzu Kapitel 4) erhoben wurden, war eine Evaluation des Fragebogens auch vor dem Hintergrund medienergonomischer Kriterien, wie etwa der Bedienbarkeit und Barrierefreiheit unabdingbar. Um eine optimale Darstellung der Frage – nicht zuletzt auf mobilen Endgeräten – zu gewährleisten, wurde die Skala der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 daher »halbiert«.

Items einer Politikraumdimension bilden schließlich additive Indizes²¹², die die Koordinaten für die Verortung des Parteimitglieds im zweidimensionalen Politikraum abbilden.

Die Analysen zum politischen System und Vertrauen (Abschnitt 3.3.3) werden im Fragebogen durch die Fragennummern 17 und 18 abgebildet (Tab. 15). Dabei wird durch die Bewertung der beiden Aussagen »Demokratie ist die beste Staatsform« und »Die Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, ist alles in allem zufriedenstellend« zunächst die diffuse bzw. die spezielle Systemunterstützung in Frage 17 ermittelt. Die Skala umfasst elf Stufen zwischen den Polen »stimme überhaupt nicht zu« und »stimme voll und ganz zu«. Frage 18 enthält eine Itembatterie mit 14 Institutionen, deren Vertrauenswürdigkeit auf einer 4-stufigen Skala Werte zwischen den Polen »überhaupt nicht vertrauenswürdig« und »sehr vertrauenswürdig« annehmen kann.

Schließlich beschäftigen sich alle weiteren Fragen mit den politischen Einstellungen, die direkten Bezug auf die Partei DIE LINKE nehmen (vgl. Tab. 16 sowie Abschnitt 3.3.4). Die Fragennummer 22 misst dazu eingangs das Organisationsverständnis der Mitglieder, wobei der Fragestimulus »DIE LINKE sollte sich stärker an der Meinung der Parteimitglieder orientieren, als den Meinungen der Wähler nachzulaufen« die Basisorientierung widerspiegelt und die Aussage »Das Programm der LINKEN sollte inhaltlich nicht jedem aktuellen Trend hinterherlaufen, auch wenn dies zum Verlust von Wählerstimmen führen würde« die Grundwertorientierung abbildet. Beide Fragestellungen sind – angelehnt an die Deutsche Parteimitgliederstudie von 2009 – mit einer 3-stufigen Skala versehen.

Frage 21 widmet sich weiterhin innerparteilichen Kontroversen in den bereits im vorherigen Abschnitt erläuterten Themenbereichen. Die Beurteilung erfolgt dabei auf einer 4-stufigen Skala zwischen den Polen »stimme überhaupt nicht zu« und »stimme voll und ganz zu«, ohne die Möglichkeit einer neutralen Option zu bieten.

Die Fragennummern 15 und 16 erheben über ein Freitextfeld die Parteien, mit denen sich die Mitglieder auf Bundes- und Landesebene Koalitionen vorstellen können. Angesichts der Vielfalt an politischen Parteien, die nicht zuletzt durch die Differenzierung einzelner Landesverbände und der damit verbundenen Ausdehnung möglicher Antwortoptionen um lediglich regional agierende Akteure, wie etwa den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) in Schleswig-Holstein, erweitert wird, erscheint der Freitext hierbei als sinnvolle Variante.

Auch für die Parteiresponsivität kann ein Index gebildet werden. Dieser ergibt sich aus den Items 1 bis 4 der Frage 7 und kann durch die 11-stufige Skala Werte zwischen 0 (»trifft überhaupt nicht zu«) und 10 (»trifft voll und ganz zu«) annehmen. Die Berechnung des Indexwertes x_i ergibt sich aus der Addition der Durchschnittswerte für jedes Item.²¹³

212 Basierend auf der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 wurden die Items für die Auswertung so umkodiert, dass niedrige Skalenwerte die Pole »soziale Gerechtigkeit« bzw. »autoritäre Politik« abbilden. Hohe Skalenwerte implizieren hingegen die entgegengesetzten Pole »Marktfreiheit« und »libertäre Politik« (vgl. Spier 2011b, S. 133).

213 vgl. Alemann/Laux 2012, S. 256.

Tabelle 15: Komplex III: Politisches System und Vertrauen. Operationalisierung im Fragebogen

Fragestimulus	Fragetyp / Items	Antwortoptionen
Inwiefern kannst du den folgenden Aussagen zustimmen?	Auswahlfragen / Itembatterie (11-stufige-Skala)	
	Items: I. Demokratie ist die beste Staatsform. II. Die Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, ist alles in allem zufriedenstellend.	○ stimme überhaupt nicht zu ○ [...] ○ stimme voll und ganz zu
Hältst du folgende Institutionen für vertrauenswürdig?	Auswahlfragen / Itembatterie (4-stufige Skala)	
	Items: I. Bundestag II. Justiz III. Zeitungswesen IV. Fernsehen V. Bundesverfassungsgericht VI. Polizei VII. Landesparlament (Landtag/ Abgeordnetenhaus/Bürgerschaft) VIII. Bundesregierung IX. Landesregierung X. Parteien XI. Militär XII. Soziale Medien XIII. Kommunalparlament (z. B. Stadtrat) XIV. Bürgermeister*in	○ überhaupt nicht vertrauenswürdig ○ [...] ○ sehr vertrauenswürdig

Tabelle 16: Komplex III: Partei DIE LINKE. Operationalisierung im Fragebogen

Nr.	Fragestimulus	Fragetyp/Items	Antwortoptionen
22	Inwiefern kannst du den folgenden Aussagen zustimmen?	Auswahlfrage/Itembatterie (3-stufige Skala)	
		Items:	
		I. DIE LINKE sollte sich stärker an der Meinung der Parteimitglieder orientieren, als den Meinungen der Wähler nachzulaufen. II. Das Programm der LINKEN sollte inhaltlich nicht jedem aktuellen Trend hinterherlaufen, auch wenn dies zum Verlust von Wählerstimmen führen würde.	☐ stimme nicht zu ☐ teils-teils ☐ stimme zu
21	Inwiefern kannst du den folgenden Aussagen zustimmen?	Auswahlfrage/Itembatterie (4-stufige Skala)	
		Items:	
		I. DIE LINKE sollte gewerkschaftliche Interessen, insbesondere in der Parlamentsarbeit stärker vertreten. II. DIE LINKE sollte Regierungsverantwortung übernehmen. III. DIE LINKE sollte sich nicht an Koalitionsverhandlungen beteiligen. IV. Um die Gesellschaft zu verändern, muss DIE LINKE bei Wahlen für stabile Mehrheiten werben. V. Gesellschaftliche Veränderungen werden nicht durch Regierungswechsel erreicht, sondern durch Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik. VI. DIE LINKE sollte stärker mit außerparlamentarischen linken Bewegungen zusammenarbeiten. VII. Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts sollte ein wesentliches Anliegen der LINKEN sein.	☐ stimme überhaupt nicht zu ☐ stimme eher nicht zu ☐ stimme eher zu ☐ stimme voll und ganz zu ☐ keine Angabe

Nr.	Fragestimulus	Fragetyp/Items	Antwortoptionen
15	Gegenüber welchen Parteien sollte DIE LINKE auf Bundesebene deiner Meinung nach offen für Koalitionsgespräche sein?	Frage mit Freitextfeld	Freitextantwort (altern. »keine Angabe«)
16	Gegenüber welchen Parteien sollte DIE LINKE auf Landesebene in deinem Bundesland offen für Koalitionsgespräche sein?	Frage mit Freitextfeld	Freitextantwort (altern. »keine Angabe«)
7	Auswahlfragen/Itembatterie (11-stufige Skala)		
-lt.1	Inwiefern treffen die folgenden Aussagen deiner Meinung nach auf DIE LINKE zu?	Items:	
-lt.2		I. In der LINKEN hat jeder die Möglichkeit, die Politik der Partei aktiv mitzugestalten.	☐ trifft überhaupt nicht zu
-lt.3		II. In der LINKEN wird es nicht gern gesehen, wenn man sich gegen die Meinung der Mehrheit stellt.	☐ [...]
-lt.4		III. In der LINKEN wird auf Kritik von Seiten der Mitglieder eingegangen.	☐ trifft voll und ganz zu
-lt.8		IV. Die Meinung der einfachen Mitglieder findet bei den Entscheidungsträgern der Partei kein Gehör.	